

FALSCHER KRITIK

*Wenn Patriot*innen die AfD kritisieren*

ZUR RECHTEN ZEIT

KRITIK IM HANDGEMENGE
organisiert bei



Umsonst & zum Mitnehmen

Inhalt

Falsche Kritik zur rechten Zeit	3
»Die AfD zerstört die nationale Identität, sie spaltet uns.«	4
»Die Angst muss man auch verstehen, aber Fremdes ist manchmal auch sehr gut für Deutschland.«	7
Die AfD sagt: »Im Volk mangelt es an Werten.« Die bürgerliche Antwort: »Der AfD mangelt es an Werten.«	14
»Die rechte Alternative bringt den Staat in die Krise.«	23
Ein Fazit: Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren	25
Das Bemühen der Volksparteien um die Einheit mit dem Volk	26
Kompliziertere »Lösungen«!	27
»Die Leute wählen die AfD nur aus Protest!«	28
»Wir haben mit den Menschen falsch kommuniziert«	28
»Wir haben den Menschen zu wenig zugehört«	29
»Wir haben verstanden!«	29

Diese Broschüre wurde überwiegend im Jahr 2019 geschrieben - also vor der Corona-Pandemie. Deshalb ist Corona hier auch nicht Thema. Muss es auch nicht sein, denn die Darstellungen und Analysen zum Krisenprogramm der AfD und die Reaktionen der demokratischen Öffentlichkeit darauf sind prinzipiell gemeint, und wir halten sie mit und ohne Corona für richtig und wichtig. Es kann sehr gut sein, dass es auf unserer Homepage in naher oder ferner Zukunft sowohl Texte zur Entwicklung des rechten Standpunktes entlang der Corona-Pandemie, als auch zur Fortführung mangelhafter Kritik an dem rechten Standpunkt gibt.

KONTAKT
info@gegen-kapital-und-nation.org
<http://gegner.in>

Falsche Kritik zur rechten Zeit

Der Aufstieg der AfD hat gründlich in die Parteienslandschaft eingeschlagen. Die etablierten Parteien, bürgerliche Öffentlichkeit sowie bürgerliche und linke Zivilgesellschaft haben den Aufstieg der AfD und den Rechtsruck in der Bevölkerung als entschiedenen Angriff auf die aktuelle Raison von Staat und Gesellschaft wahrgenommen. Die Art und Weise, wie der AfD und dem geistigen Ruck nach Rechts begegnet wird, ist allerdings mangelhaft. Die Kritik geht an der AfD vorbei und in manchen Fällen befeuert sie den Standpunkt der AfD sogar.

Die folgende Kritik ist nicht als grundloses Schlechttreden von Leuten gedacht, die sich doch immerhin öffentlich gegen die AfD äußern und deren Aufstieg nicht einfach zusehen wollen. Wir meinen: Damit Rechte (ob nun organisierte Rechte oder geistige Sympathisant*innen) von Rechts abrücken, vor allem aber nicht noch mehr Leute nach rechts abwandern, brauchen sie Gründe – man muss ihnen sagen, was an ihren Überzeugungen und politischen Schlussfolgerungen verkehrt ist. Dafür muss die Kritik aber auch treffen. Deswegen liegt es durchaus im Interesse derjenigen, die sich an der AfD oder der nationalistischen Stimmung im Land stören, sich über die richtige Kritik an der AfD zu verständigen.

In diesem Text diskutieren wir, wie diverse Akteure in Deutschland den Kampf gegen die AfD aufnehmen. Dafür ist es wichtig den Standpunkt der AfD theoretisch einzunehmen und darzustellen, um zu fragen, ob eine Reaktion darauf adäquat oder fruchtlos ist. Wir stellen also die Perspektive der AfD auf die Welt so dar, wie sich diese Partei die Welt eben so denkt. Daher wird in diesem Text häufig vom »fremdenfeindlichen« oder »ausländerfeindlichen« Standpunkt der AfD gesprochen. Warum wir das machen, ergibt sich aus der Erklärung des rechten Standpunktes im Text »Von Schland nach Gauland«, insbesondere im Abschnitt »Fremdenfeindlichkeit«. Dass wir

die Prädikate »fremd« und »eigen«, die Gruppeneinteilung »die Anderen« und »Wir« in Bezug auf die Gesellschaft generell kritisieren, haben wir dadurch kenntlich gemacht, dass sie in einfachen Anführungszeichen gesetzt sind, womit wir eine Distanz ausdrücken wollen. Insofern geht es uns bei der Verwendung dieser Begriffe (fremdenfeindlich usw.) mitnichten darum zu sagen, es gäbe ein »Wir« und »die Fremden«, die nicht dazugehörten. Dass die AfD eine knallhart rassistische Partei ist, liegt auf der Hand.

Die verschiedenen Einwände, die gegen die AfD und andere Rechte erhoben werden, finden sich im folgenden Text entlang verschiedener Punkte geordnet, die der rechte Standpunkt aufmacht. Denn die Einwände sind ja jeweils eine Replik auf das, was Rechte in die Welt setzen.

Was wir für treffende Einwände gegen rechte Standpunkte halten, um diesen die Grundlage zu entziehen, deuten wir hier nur an – im Text »Von Schland nach Gauland« sind sie im Detail ausgeführt.



»Die AfD zerstört die nationale Identität, sie spaltet uns.«

Die AfD steht innerhalb der Parteienlandschaft nicht für eine alternative Ausführung einer im Prinzip feststehenden Staatsraison. Für sie gibt es im Unterschied zu den »Systemparteien«, wie sie Grüne bis CSU nennen, kein »Weiter so«. Schließlich schade gerade das dem »deutschen Volk« und seinem Staat. Die AfD stellt der deutschen Gesellschaft eine umfassende Krisendiagnose aus. Diese Krise hat für die Partei ihren Kern in einem Zerfall der deutschen Identität. Dafür macht die AfD die etablierte Politik, die mediale Öffentlichkeit und

Teile der Zivilgesellschaft verantwortlich. Die nationale Identität, der Vorrang des Deutschen gegenüber Nichtdeutschem, die Exklusivität des deutschen Staates für sein Volk, die Souveränität des deutschen Staates nach Innen und Außen – die AfD sieht zerstörerische Bestrebungen gegen all das am Werk.

Diesen Vorwurf – der des Verrates an der Allgemeinheit – lassen die Verantwortlichen nicht auf sich sitzen; schließlich geht auch ihnen nichts über die deutsche Nation.

»Einheit statt Hetze«

Die AfD findet zum Teil drastische Worte gegen diejenigen, die sie für den diagnostizierten Krisenzustand der Nation verantwortlich macht. Das sind in ihren Augen »Volksverräter«, die v. a. auf ihre Diäten schauen; das ist für sie eine »Kanzlerdiktatorin«, die ihrem Volk zumutet, »Fremde« als dasselbe wie sich selbst zu betrachten; oder das ist eine »Lügenpresse«, die dazu ihr Amen gibt und die ganze Moral im Land verwässert und von deutschen Werten abbringt. Derartiges Gebaren bringt der AfD den Vorwurf ein, lediglich »Hass und Hetze« zu verbreiten.

Wer sich aber nur am hetzenden Charakter von rechten Reden aufhält, sollte sich vergegenwärtigen, dass das durchaus die passende Form zum Inhalt der Feindschaftserklärung darstellt, die Rechte aus ihrer Krisendiagnose ziehen. Mit mehr Freundlichkeit im Ton wäre die Feindschaftserklärung nicht weniger grundsätzlich.

Der AfD wird aber vor allem vorgeworfen, mit ihrem »Hass« spalterische Absichten zu verfolgen: Sie wolle die Bevölkerung von ihren Regierenden fort- und untereinander in feindliche Lager treiben. Das dürfe man nicht zulassen. Stattdessen sei Einheit gegen Rechts zu demonstrieren. So wird der von der AfD erhobene Vorwurf – die Regierenden würden mit ihrer Flüchtlings- und Europapolitik die Volkseinheit zerstören – sehr grundsätzlich zurückgegeben: Die eigentlichen Spalter kommen von Rechts. Wer so verfährt, hält den Maßstab der nationalen Einheit als schützenswertes Objekt von nationaler Sorge hoch und bestätigt den Standpunkt der AfD prinzipiell mit den eigenen Einwänden. Darin steckt die Aufforderung, von all den Gegensätzen, die es in dieser Gesellschaft gibt, von arm und reich, oben und unten oder zwischen den Menschen als Konkurrenzteilnehmer*innen (um Jobs, Wohnungen u.v.m.) abzusehen. Wo die AfD der herrschenden Politik vorwirft, die nationale Identität zu zerstören, wird als Replik die nationale Einheit hochgehalten – nur eben gegen Rechts.

»Selber Volksverräter!«

Ein Beispiel für den Vorwurf an die AfD, die Nation zu spalten, ist Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) Bundestagsrede vom 22. Februar 2018.¹ In dieser viel zitierten Rede reagiert er auf die von Rechts attestierte Krisenlage. Zunächst stellt er klar, dass Deutschland für eine durch und durch gute Ordnung stünde – mit seiner Freiheit, seiner Erinnerungskultur, seiner Vielfalt bis hin zu »unsere[r] großartige[n] Nationalmannschaft«. Gegen all das Gute richte sich die AfD und hat damit das Recht verspielt, über die nationale Identität mitzubestimmen:

»Sie wollen bestimmen, wer deutsch ist und wer nicht. Wie kann jemand, der Deutschland, der unsere gemeinsame Heimat so verachtet, wie Sie es tun, bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht Deutscher ist?«²

Während die Rechten den etablierten Politiker*innen vorwerfen, das Recht zu brechen, indem sie lauter »fremde Leute« reinlassen und das Volk so kaputt zu machen, sagt Özdemir: Ihr habt nicht das Recht zu bestimmen, wer Deutscher ist und wer nicht. Soweit stimmt es ja auch noch, denn dieses Recht hat nur der Gesetzgeber, und da spielt die AfD derzeit keine Rolle. Das meint Özdemir allerdings nicht. Er teilt im Grunde mit: Bevor jemand überhaupt Kritik am heutigen Deutschland übt, ist ein kräftiges Bekenntnis zu diesem Deutschland fällig. Anders gesagt: Kritik hat konstruktiv zu sein, oder sie hat im liberalen Deutschland keinen Platz. Wer Deutschland verachtet, verwirkt eben sein Recht, etwas an den deutschen Zuständen zu verändern. Darin unterscheidet sich Özdemir letztlich nicht von der AfD. Diese hatte auch schonmal Claudia Roth ideell aus dem deutschen Volk exkommuniziert, weil sie und ein Plakat mit der Aufschrift »Deutschland ist scheiße« in ein und demselben Bild zu sehen sind.

Weiterhin wirft Özdemir der AfD vor, das liberale Deutschland autoritär umgestalten, also letztlich eine Diktatur durchsetzen zu wollen. Damit stünde sie auf der gleichen Ebene wie die von feindlichen »Autokraten« regierten »Regime« in Russland und der Türkei; genau genommen sei sie im Geiste sogar für Russland und auch ein »Ableger« der AKP.

»Wenn Sie ehrlich sind, drücken Sie doch den Russen die Daumen, nicht unserer Nationalmannschaft.«³

Özdemir wirft der AfD vor, die ganze gute, weil so freiheitliche Ordnung Deutschlands zerstören zu wollen und damit der eigentliche Feind des deutschen Volkes zu sein. Den rechten Vorwurf

des Vaterlandsverrats ›kritisiert‹ er also, indem er ihn an die AfD zurückgibt. Deutschland verraten – offensichtlich nicht nur für Rechte total daneben. Jürgen Trittin führt das am Thema »Energiesouveränität« konsequent fort:

»(...) eine solche Partei handelt nicht im deutschen Interesse. Das sind keine Patrioten, das sind vaterlandslose Gesellen.«⁴ Dass die politische Ausrichtung ›unseres‹ Deutschlands gerade schwer umkämpft ist, verwandeln die grünen Politiker in die Frage, wer hier eigentlich gerade für und wer gegen Deutschland ist.

Abhandeln tut Özdemir den staatsraisonmäßigen Gegensatz zwischen sich als grünem Berufsnationalisten und den alternativen Nationalist*innen der AfD auf der Ebene der Werte, die das Land repräsentiere, also gleich unter der Fragestellung, wie man sich bitteschön mit den deutschen Zuständen zu identifizieren hat.

Damit leisten die Grünen und alle, die ähnlich argumentieren, zweierlei: Erstens pflegen sie den demokratisch-nationalen Gedankensumpf, auf dem der rechte Standpunkt so gut gedeiht. Zweitens – soweit es ihnen damit tatsächlich gelingen sollte, Nationalist*innen zu grünen Wähler*innen zu machen, was scheinbar im Juni 2019 ganz gut gelingt – schaffen sie es, die Menschen auf ihr deutsches Herrschaftsprogramm zu verpflichten: Mit mehr Selbstbewusstsein gegen die USA, Russland und China vorgehen, internationale Regeln erhalten, die dem deutschen Kapital nützen sollen und eine klimafreundliche Energiepolitik, mit der man unabhängig vom Ausland wird und damit zugleich den Weltmarkt erobern kann. Der grüne Nationalist versucht eben auf seine Weise eine nationale Einheit im Volk herzustellen, dessen freie Gefolgschaft dann für den machtvollen Einsatz des Staates nach außen unverzichtbar ist.

Freilich gibt es Politiker*innen, die die Spaltung der Gesellschaft anders bekämpfen wollen. Man müsse die Wähler*innen der AfD auch verstehen und alle wieder zusammenkriegen. Das soll am folgenden Punkt diskutiert werden.

Auch wenn einem die liberalen Werte der Grünen sympathischer erscheinen mögen, sollte man sich überlegen, ob die eigentlich einen guten Grund abgeben, sich hinter eine Außenpolitik zu stellen, die von Weltmarkteroberung über Flüchtlingsabwehr bis zur Beanspruchung von europäischen Ostgebieten als un- bis antirussische Einflussphären einiges im (grünen) Programm hat.

»Die Angst muss man auch verstehen, aber Fremdes ist manchmal auch sehr gut für Deutschland.«

Die AfD ist prinzipiell fremdenfeindlich. Sie begründet Maßnahmen zur Ausgrenzung und Unterordnung von ›Fremden‹, indem sie deren Schädlichkeit vielfarbig ausmalt. Die deutsche Öffentlichkeit vernimmt das laut und deutlich, und sie unternimmt allerlei Anstrengungen, um diejenigen Volksteile, die sich in ihrer fremdenfeindlichen Gesinnung durch die AfD sehr angesprochen fühlen, freiheitlich-demokratisch zu reintegrieren. Auffällig ist: Bürgerliche Öffentlichkeit und Politik kritisieren dabei weder die Fremdenfeindlichkeit noch die Liebe zur deutschen Volksgemeinschaft grundsätzlich. Dabei ist es ja so: Der Staat setzt die Scheidung von Menschen in In- und Ausländer und die per Staatsbürgerschaftsrecht verfügte Beanspruchung von Leuten als Volk in die Welt. Dieses Verhältnis ist die Grundlage für die rechte Verdrehung, ein »seit Menschengedenken« existierendes Volk schaffe sich seinen Staat, und es gäbe dann lauter einander entgegen gesetzte Völker. Auf diese Idealisierung des per Staatsakt geborenen Volks zur vorstaatlichen Gemeinschaft, die sich durch ihre spezielle Art, Kultur und Werte auszeichne, will aber auch keiner der etablierten politischen Standpunkte verzichten. Auf der Ebene der Idealisierung, wo Menschen immerzu als zweibeiniges Exemplar der

Staatsgewalten betrachtet werden, wird versucht, die Parteigänger*innen der AfD für die deutsche Demokratie zurückzugewinnen. Dabei gibt es in der deutschen Öffentlichkeit differenzierte Versuche, die sich teils auch widersprechen, aber im Gesamtbild eine Arbeitsteilung abgeben:

- »Man muss die Angst vor den Fremden auch verstehen.«
- »Fremde sind auch wirklich ein Problem.«
- »Aber insgesamt nützen Fremde Deutschland mehr als sie schaden, zumindest bestimmte Fremde.«
- »Und daher müssen Vorurteile abgebaut werden.«
- »Denn sonst bleiben die Fremden immer fremd in Deutschland, statt richtig deutsch zu werden.«
- »Und letztlich ist doch das Fremde auch eine Bereicherung für Deutschland.«

»Angst und Überforderung muss man auch verstehen«

Viele von der CDU und noch mehr von ihrer Schwesterpartei, die rechts von sich keine Partei dulden wollen – was nichts anderes ist, als noch jeden Fascho als ihre Wählerschaft zu beanspruchen – haben in erster Linie Verständnis für die im Land grassierende Fremdenfeindlichkeit: Die Menschen seien einfach »überfordert von so vielen Fremden«. Ausgeschmückt wird das Verständnis in diesem Zusammenhang einerseits gern mit der bis ins linke Lager hinein beliebten Theorie, dass sich Fremdenfeindlichkeit aus einer Xenophobie, also einer angstvollen Abwehr(reaktion) von Unbekanntem erkläre. Dass die bloße Anwesenheit von (vermeintlich) Nicht-Deutschen Deutsche in psychologisch schwer aushaltbare Zustände versetzen soll, ist offensichtlich Humbug. Es ist doch so: Ohne die Identifizierung von »fremd« mit »schädlich« gibt es keinen Grund für Angstgefühle; ohne den starken Verdacht oder gar die Sicherheit, dass »Fremde« per se unanständig oder gefährlich sind, stellt sich auch beim Anblick eines Bartes kein mulmiges Gefühl ein. Mit dem o.g. psychologischen Verständnis der Angst vor »Fremden« wird der Rassismus der Leute, der auf der Trennung in In- und Ausländer und der Skepsis gegenüber letzteren beruht, entpolitisiert.

Tatsächlich ist den bürgerlichen Politiker*innen selber die Skepsis gegenüber Ausländer*innen und deren »zweifelhafte Loyalität« nur zu bekannt. Sie selber haben über 255 verschiedene Aufenthaltstitel und Ausweisungsgründe für Nicht-Deutsche in ihren Gesetzbüchern stehen. Sie verfolgen aus ihren politischen Gründen eine Flüchtlingspolitik, die auf Kontrolle über »Flüchtlingsströme« und deren Reduzierung, auf Verringerung von Anerkennungsquoten – also effektivere Abschiebung zielt. Und die Flüchtlinge, die anerkannt sind, aber auch die Kinder von Gastarbeiter*innen, sollen mittels Integration in rechtlicher und sittlicher Hinsicht das »Fremde« an sich abstreifen. Das alles stellen die Politiker*innen als ein Zur-Einsicht-Gelangtsein angesichts bockiger Volksteile dar. Neben der Entledigung von aus nationaler Warte ökonomisch wie politisch für unnütz befundener Menschen, nehmen sie so auch gleich einer rechten Kritik den Wind aus den Segeln: Man erfüllt die Forderungen von Rechten nach konsequenter Ausgrenzung

einfach selbst. Dass die Menschen dann weniger AfD und mehr CDU/CSU wählen ist freilich eine gewagte Spekulation, wird der AfD und ihren Forderungen doch letztlich ordentlich Recht gegeben! Nebenbei: In Sachen Grausamkeiten gegenüber Geflüchteten unterscheidet sich eine derartige Politik von der der AfD tatsächlich nur graduell. Ein Daumendrücken für Seehofer und Co. ist also auf jeden Fall fehl am Platze.

Die Theorie der Xenophobie wird auch gern bemüht, um den Rechtsruck als vorrangig ostdeutsches Phänomen (was allein angesichts von Wahlerfolgen der AfD in westdeutschen Bundesländern schon nicht stimmt) darzustellen: Im Osten seien die Leute einfach kaum Ausländer*innen begegnet, weswegen sie die Bekanntschaft mit ihnen jetzt nicht vertragen. Ungeachtet dessen wird gleichzeitig ins Feld geführt, dass es ja in Sachsen-Anhalt kaum Migrant*innen gäbe, insofern also eigentlich gar kein Grund für die verbreitete Fremdenfeindlichkeit bestehe. Ganz als würde die tatsächliche Anwesenheit von (vermeintlichen) Nicht-Deutschen die feindliche Stellung ihnen gegenüber ins Recht setzen; dabei setzt sie die nur voraus.

»Flüchtlinge sind ein Problem für die Armen«

Auch Linke, wie eine Zeitlang die Initiator*innen des Projekts #aufstehen, bringen viel Verständnis für die verbreitete Fremdenfeindlichkeit im deutschen Volk auf:

Sie weisen auf den Umstand hin, dass Flüchtlinge für die unteren Etagen der Gesellschaft Konkurrent*innen darstellen und somit die »Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sozialleistungen und günstigen Wohnraum« verschärft wird.⁵ Und wenn Menschen sich deswegen Sorgen machen, sei das doch legitim.

So scheint #aufstehen eine recht realistische Einschätzung darüber zu haben, welche sozialen Lagen das »freundliche« Aufnahmeland Deutschland für Flüchtlinge und Arbeitsmigrant*innen vorgesehen hat: erbärmliche. Ebenso realistisch scheint die Einschätzung, dass sich über Migration die Konkurrenz »um Kita-Plätze, Niedriglohnjobs oder bezahlbare Wohnungen«⁶ in den unteren Etagen der Gesellschaft verschärft. #aufstehen verwandelt die soziale Frage dann auf seine Weise in eine nationale Frage: Das Projekt stellt sich gegen die Merkelsche Flüchtlings- und Arbeitsmigrationspolitik, weil die »fremden« Armen den heimischen Armen das Leben schwerer machen.

Würde man an der sozialen Frage festhalten, dann würden das absehbare Schicksal der Flüchtlinge in Deutschland sowie die sonstige soziale Not gleichermaßen gegen die soziale Marktwirtschaft sprechen; man müsste versuchen, den armen Menschen deutlich zu machen, dass die Konkurrenz sich für sie niemals auszahlt. Die Leute von #aufstehen unternehmen in diese Richtung aber nichts, sondern unterstellen einfach, dass es Armut in der Gesellschaft nun mal gibt. Das Ziel: »konkrete soziale und wirtschaftliche Verbesserungen für die ökonomisch Schwächeren.«⁷ Und dabei ist klar und akzeptiert, dass Armut weiterhin bestehen wird – nur soll sie nicht zu hart und

nicht zu massenhaft vorhanden sein. Mit diesem bescheidenen, sozialdemokratischen Ansinnen kommt man aber nicht gleich bei der nationalen Frage heraus. #aufstehen tut es aber: Sie setzen sich bevorzugt für deutsche Arme ein und verlangen mehr staatliche Ausgrenzung von »Fremden«. Dem schädlichen Fehler, sich ausgerechnet auf die eigene Staatsbürgerschaft ein Privileg einzubilden, gibt die linke Sammlungsbewegung also Recht.⁸

Damit gerät #aufstehen in Abgrenzungsprobleme zur AfD:

»Aber – und den zentralen Punkt haben wir bisher vielleicht nicht immer deutlich zu machen geschafft – es gibt eine klare Trennung zwischen den aus meiner Sicht legitimen Sorgen, die Leute wegen Konkurrenz um Arbeitsplätze, Sozialleistungen oder günstigen Wohnraum haben – und kulturalistischen, rassistischen oder vermeintlich religionskritischen Motiven.«⁹

Und das soll der einfache Mann von der Straße unterscheiden können? Es stimmt ja, dass das Programm von #aufstehen auch als Hilfe für die bereits ansässigen armen Gastarbeiter*innen und deren Nachfahren verstanden wissen will, wenn es sich gegen neue Gastarbeiter*innen ausspricht. Insofern mag es hier einen feinsinnigen Unterschied zur AfD geben. Dass aber solche Argumente gegen neue Gastarbeiter*innen auf jeden Fall so verstanden werden, dass sie gleichermaßen auch gegen die bereits Anwesenden sprechen, ist nicht weiter verwunderlich.

Der andere große Abgrenzungspunkt zur AfD soll dann der sein, dass #aufstehen für mehr Sozialstaat eintritt.

Im Grunde deutet #aufstehen (ähnlich wie Teile der SPD oder der CDU) einen Gutteil der Zustimmung der Bevölkerung zur AfD als Äußerung von sozialem Protest. Dabei legt sie den etablierten Parteien zur Last, mit »neoliberaler« Sozial-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik und der »Globalisierung« lauter Gründe für soziale Unzufriedenheit erst herbeiregiert zu haben.

»Seit der Agenda 2010 sind viele Menschen abgestürzt, sie arbeiten in Leiharbeit oder anderen Niedriglohnjobs, sie leben von Hartz IV oder schlechten Renten. Ein Teil von ihnen hat aus Enttäuschung und Wut AfD gewählt. Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Wähler zu beschimpfen, sondern wir müssen uns fragen, warum es uns nicht gelungen ist, sie für die LINKE zu gewinnen.«¹⁰ Die Antwort auf die selbst gestellte Frage ist recht einfach: Die Wähler*innen, die von den herbeiregierten Verschlechterungen der sozialen Daseinsvorsorge betroffen sind, wollen nicht einfach wieder eine Verbesserung. Das bräuchte nämlich nicht die Forderung nach sozialer Schlechterstellung von Ausländer*innen und würde die ruinöse Konkurrenz am unteren Ende der Gesellschaft auch dann kritisieren, wenn die Konkurrent*innen denselben Pass haben. Die AfD-Wähler*innen nehmen die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die ihnen das Leben schwer macht, gleich als Beleg für die Volksvergessenheit der herrschenden Politik. Und das müsste man ihnen ausreden, anstatt sich als Linke vorzuwerfen, dass man solche Leute nicht einfach für sich gewinnen konnte.

Die recht verbreitete Deutung, dass es sich bei Rechten eigentlich um fehlgeleitete Sozialdemokrat*innen handeln würde, hat sich entschlossen, den nationalistischen Gehalt der rechten Unzufriedenheit nicht anzugreifen. Im Gegenteil gibt sie dem implizit immer Recht, um die Abgehängten für ihr soziales Programm (wieder) zu erreichen.

»Flüchtlinge schaden Deutschland faktisch gar nicht!«

Den mannigfachen (haltlosen) Behauptungen über die Schädlichkeit von ›Fremden‹ für die Volksgemeinschaft versuchen weltoffene Deutsche mit Hinweisen auf überall vorhandene »schwarze Schafe« oder einer Richtigstellung der faktischen Lage zu begegnen, um so das jeweilige »Vorurteil« zu entkräften. Zwar spinnt sich der fremdenfeindliche Standpunkt der Rechten zu propagandistischen Zwecken auch schon mal die Faktenlage zurecht; aber das zeigt ja gerade, wie wenig er sich von irgendwelchen Daten abhängig machen will und dass er sich wohl auch nicht einer Sichtung der Faktenlage verdankt. Die rechte Gewissheit der Schädlichkeit von Migrant*innen für die angestammte Gemeinschaft ist nicht Ergebnis einer empirischen Betrachtung der gesellschaftlichen Zustände, sondern sie geht der Betrachtung der Empirie voraus. Die Überzeugung der Rechten ist Weltanschauung: Als Angehörige einer fremden Nation passen Migrant*innen nicht zu »uns« und können nur schaden, da sie einem »anderen Herren« folgen oder »eigentlich« einer völlig anderen Gemeinschaft angehören. Deswegen ist ein Streit mit Rechten auf Ebene der Fakten nicht zu führen und nicht zu gewinnen.

Aber auch aus einem anderen Grund sind Diskussionen über die Empirie eine schlechte Strategie gegen die rechten Behauptungen: Wenn empirisch in der Art der Entwarnung gegen besonders ausländische »Neigungen« zu Kriminalität oder »Sozialschmarotzertum« argumentiert wird, dann wird dem prinzipiell gegen ›Fremde‹ polemischen Standpunkt der Rechten eine Bedingung für die Akzeptanz von Ausländer*innen entgegengestellt: Ihre Rechtschaffenheit und Nützlichkeit für Deutschland, nach dem Motto »so schlimm sind sie gar nicht, sie nutzen uns sogar«. Weitergedacht läuft das darauf hinaus, dass einfach nur geprüft wird, ob der Rassismus legitim ist: Welches Maß an Durchschnittskriminalität rechtfertigt die Betrachtung von Migrant*innen als Zerstörer der sittlichen Gemeinschaft der Deutschen? Diese Art ›Kritik‹ ist in der Regel aber nicht nur »zu kurz« gedacht, sondern ernst gemeint: Der Nutzen, den Migrant*innen für Deutschland haben, der Wille sich an geltendes Recht und herrschende Sittlichkeit zu halten, sind genau die Gründe, warum auch die meisten toleranten Bürger*innen sie als ›Fremde‹ akzeptieren. Im übrigen: Tolerant muss

man nur gegenüber Dingen sein, die einen stören, die man aber aushalten soll. Die allseits verbreitete Skepsis gegenüber Ausländer*innen, die ja allemal die Grundlage für die Ausländerfeindlichkeit ist, ist mit dem Ruf nach Toleranz überhaupt nicht kritisiert. Sie fordert nur einen anderen Umgang: Halte die störenden Ausländer*innen aus, statt ihnen feindlich zu begegnen und überlasse die Ein- und Aussortierung dem Staat.

Die prinzipielle Fremdenfeindlichkeit von Rechten mit dem Kriterium des Nutzens von Migrant*innen für Deutschland kritisieren zu wollen, läuft ins Leere, denn sie verlässt den Boden, auf dem der rechte Standpunkt gedeiht, an keiner Stelle: Der Maßstab ist der Nutzen und die Parteilichkeit für Deutschland. Die Deutschen werden als Kollektiv unterstellt und angesprochen und die ›Fremden‹ kritisch beäugt. Letztere können zwar in der Beurteilung auch mal ›positiv‹ wegkommen, in jedem Falle werden sie aber ebenfalls als quasi unhintergebares Kollektiv oder Kollektive unterstellt und als solche betrachtet.

Um ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen: Fremdenfeindlichen Positionen wird mit oben angesprochenem Verständnis oder hier geschilderten ›Widerlegungen‹ in der Weise recht gegeben, dass ihre Voraussetzung – ›Fremde‹ stellen eine prinzipiell zu überprüfende Problemlage dar – geteilt wird. Zwar mögen Kritiker*innen des rechten Standpunktes diese Problemlage dann faktisch entkräften, aber sie geben Rechten in dem Blick recht, den anscheinend auch sie als (zunächst) angemessen erachten, wenn er sich auf Migrant*innen richtet. Die ganze Unterscheidung – die es ja durch die staatlichen Regeln zum In- und Ausländerstatus von Menschen gibt – von ‚eigen‘ und ‚fremd‘ wird auf eine Art für voll genommen, dass sie sie zur alles entscheidenden »Eigenschaft« von Leuten erklärt wird. In dieser Weltsicht wird die Konkurrenz von Staaten, die diese mit ihren Völkern veranstalten, zu einem (potentiellen) Gegensatz von Menschengruppen verschiedener Nationalitäten verfremdet. Wer so denkt, muss zwar nicht die fremdenfeindlichen Konsequenzen – Internierung, Ausweisung und Schlimmeres – der Rechten wollen, teilt aber deren falschen Ausgangspunkt. Und das ist mitnichten eine Abhilfe gegen Rassismus. Das setzt sich auch da fort, wo das ›Fremde‹ gleich mehr positiv beurteilt wird:

Beim vermeintlichen Begründen ihrer Ausländerfeindschaft stört Fremdenfeinde nicht, dass sie dabei ganz widersprüchliche Vorwürfe erheben: Ausländer*innen besetzten einerseits Arbeitsplätze, die angeblich nur für Deutsche reserviert seien; gleichzeitig kämen sie nur hier her, um sich auf den deutschen Sozialkassen auszuruhen. Migrant*innen unterwanderten außerdem auf der einen Seite die deutsche Gesellschaft mit Nachwuchs und ihren »kulturfremden Sitten«; und auf der anderen Seite wirft man ihnen vor »Parallelgesellschaften« zu bilden, also zu sehr unter sich zu bleiben. Sie gelten einerseits als »egoistisch«, da sie ja nur kämen, um ihre materielle Lage zu verbessern (bei Inländer*innen ist das übrigens als Wahrnehmung von »Selbstverantwortung« gewünscht); und gleichzeitig sind sie dem Verdacht ausgesetzt als »fünfte Kolonne«, also Parteigänger ›ihres‹ Staates zu fungieren. Und wenn sich Migrant*innen auch in sittlicher Hinsicht um Anpassung bemühen, wird ihnen Täuschungsabsicht zur Last gelegt. Kurz: Egal wie sich Migrant*innen tatsächlich auf deutschen Arbeits- und anderen Märkten und unter deutschem Recht bewegen oder auch nicht - sie können es Fremdenfeinden nicht recht machen. Ihre Anwesenheit ist per se ein Angriff auf die deutschen Verhältnisse, weil sie zu denen einfach nicht passen würden. Egal wie rechtstreu und bemüht sie sich zeigen, sie werden per se als unanständig und kriminell betrachtet - haben sie doch ihrem Land den Rücken zugewandt, es also an der ersten staatsbürgerlichen Pflicht zur unbedingten Treue gegenüber der eigenen Nation fehlen lassen: »My country, right or wrong!« Und diese unbedingte Parteilichkeit für das eigene Land gilt unter Demokrat*innen keineswegs als vorschnelles oder zu prinzipielles Einverständnis mit den politischen Verhältnissen, sondern als zutiefst honoriges »Verantwortungsbewusstsein«.

Bunt statt braun - ›Fremde‹ als kulturelle Bereicherung

Die Rechten verwandeln politische Fragen in kulturelle Fragen. Sie sind entsprechend ihrer Krisendiagnose über Volk und Staat prinzipiell fremdenfeindlich. Als praktische Konsequenz dieser politischen Analyse machen sie den von ihnen ausgemachten ›Fremden‹ im Alltag das Leben zur Hölle – durch Drangsalierung, demonstrative Feindschaftsansagen, Beleidigungen, tätliche Übergriffe und Anschläge. Gegen diese praktischen Konsequenzen der Rechten haben sich bürgerliche, zivilgesellschaftliche, lokale Bündnisse gegründet, die sich »Bunt statt braun« nennen. Sie propagieren Toleranz und Integration und betonen, dass sie ein Miteinander verschiedener Kulturen gut finden: *»Im Bündnis bunt statt braun engagieren wir uns für ein solidarisches Miteinander, eine starke Zivilgesellschaft und eine vielfältige Stadt. Angesichts der spürbaren Zunahme von Hass und Gewalt setzen wir uns ein für gesellschaftlichen Zusammenhalt und das friedliche, demokratische Miteinander aller Menschen in Hannover und darüber hinaus.«*¹¹

Mit dem friedlichen Miteinander meinen sie freilich nur das Verhalten der Bürger*innen untereinander. Sie haben kein Problem damit, dass Politiker*innen auf ihren Demonstrationen mit marschieren, die mit der staatlichen Gewalt Menschen in In- und Ausländer sortieren und von den Letzteren nicht wenige abschieben. Ausnahmen davon sind nur die vereinzelt Einsätze der Bündnisse für von Abschiebung bedrohte Men-

schen, die sie für schon längst integriert halten. Im zivilen Umgang der Menschen in der Stadt oder Region fordern und fördern die Bündnisse angesichts der Anfeindungen von Rechts Respekt »für das Anderssein des Anderen«.¹²

Die Politisierung von Essen, Kleidung und Religion seitens der Rechten führen sie auf ihre Art und Weise fort, wenn sie solche Banalitäten als »das gehört zu unserer Stadt jetzt dazu« einordnen. Sie fordern ein ›Wir‹, das jetzt aus ›Uns‹ und ›den Anderen‹ bestehen soll. So führen sie die Einordnung der Menschen als zweibeinige Repräsentant*innen von Staaten oder ausländischen Regionen fort und leisten damit ihren Beitrag zur Überhöhung der globalen Sortierung von Menschen in nationale Kollektive.

Würde es übrigens nur um die Beurteilung kultureller Praktiken gehen, könnte man auf übliche Unterscheidungen, wie »find ich kritikabel«, »problematisch, aber mir nicht wichtig genug«, »ist mir egal«, »schmeckt mir nicht«, »find ich interessant« und »find ich gut« kommen. Die regionale Herkunft oder Verbreitung der Praktiken wären dabei herzlich egal. Auf jeden Fall wären dabei die Ideen, dass »Einheit« oder aber »Vielfalt« wünschenswert wären, völlig fehl am Platze.¹³

»Hass ist krass, Liebe ist krasser« oder »Herz statt Hetze«

»Feindlichkeit« versus »Toleranz« oder »Offenheit«; »Gewalt« versus »friedlich« verwandelt die politische Einstellung der Rechten in lauter scheinbar unpolitische Handlungsfragen. Hier setzt der Slogan »Hass ist krass, Liebe ist krasser« noch einen drauf: Ganz allgemein sollten Menschen den Menschen einfach mehr zugeneigt sein und Nächstenliebe praktizieren. Mitten in einer Gesellschaft von Konkurrenz, Armut, Fremdenfeindlichkeit usw. soll man einfach dem Gegenüber mit Wohlwollen und Hilfsbereitschaft begegnen. Das wird allen ernstes als Antwort auf den rechten politischen Standpunkt verhandelt.

Dass die Rettung des deutschen Vaterlandes für die Rechten (nur) per Ausgrenzung und Unterordnung alles ›Fremden‹ zu haben ist, nehmen herzensgute Mitmenschen nicht als Auskunft über den Charakter nationaler Souveränität, sondern als Äußerung einer grundlosen Abneigung: Purer Hass sei da unterwegs, und das finden sie einfach krass. Statt sich die bestimmten politischen Feindseligkeiten von AfD & Co, die erschreckend sind, zu erklären und zu kritisieren, halten sie ihr Lebensideal einfach dagegen: Liebe ist krasser. Politisch ist die Aufwärmung der christlichen Nächstenliebe im Kontext des Kampfes gegen Rechts allemal. Sie ist die konsequente Fortführung des Gedankens des friedlichen Miteinanders, der bei allem Gegeneinander in der Gesellschaft selbst und bei aller Gewalt, die vom Staate ausgeht, die Leute auffordert, sich damit zu arrangieren und dann eben im Kleinen besser zu sein. Mit solchen Leuten mag ein Staat nicht vernünftig in den Krieg ziehen können, kann sich aber darauf verlassen, dass sie sonst alles mitmachen.

Die AfD sagt:
»Im Volk mangelt es an Werten.«
Die bürgerliche Antwort:
»Der AfD mangelt es an Werten.«

Die Werte einer Gesellschaft sollen fraglos gültige Prinzipien sein, nach denen man sein Leben gestaltet und nach denen man seine Loyalität ausrichten habe. Offenbar ergibt sich in der freiheitlichen Marktwirtschaft der viel umsorgte »soziale Zusammenhalt« nicht einfach aus den realen Verhältnissen, die die Leute miteinander tagtäglich eingehen. Die Tatsache, dass es die Idee ideeller Werte braucht, die die Menschen eigentlich und grundsätzlich gemeinsam haben und verbinden sollen, lässt jedenfalls darauf schließen. Wenn sich um »unsere Werte« gestritten wird, geht es letztlich um die Stabilität einer Gesellschaft voller Gegensätze und Ausschlüsse. Jede Herrschaft und leider auch die an ihrem Gelingen interessierten Gesellschaftsmitglieder haben daher ein Interesse an Wertevermittlung; schließlich geht es bei der Wertevermittlung um die Übersetzung eines herrschaftlichen Sollens in eine Frage sittlicher Verpflichtung. Damit erweist sich nebenbei auch die Rede von Werten, auf die »wir uns alle« geeinigt hätten, um fortan danach zu leben, als Märchen: Der Sache nach ergeben sich die Werte aus einem Gefolgschaftsanspruch von oben und werden auch von da in Form von angestoßenen Debatten zu »welche Werte brauchen wir« verordnet.

Für die Rechten geht Deutschland nicht nur durch die Einwanderungspolitik kaputt. Die nationale Identität braucht für sie ein Wertebewusstsein in der deutschen Bevölkerung, sonst taugt das Volk nicht für ihre Ansprüche. Dieses Wertebewusstsein wird in ihren Augen durch einen liberalen Zeitgeist in der Gesellschaft und in der Politik zerstört: Die Deutschen würden sich nicht genug mit ihrem Land identifizieren; die Frauen würden zu wenig ans Kinder kriegen denken; die Leistung der Familie, in der Kinder wie Eltern sich bedingungslos aufeinander verpflichtet fühlen, würde ausgehöhlt durch Beziehungsmodelle, die nicht mehr auf biologischer Vater- und Mutterschaft beruhen; es mangle allgemein an Leistungsbereitschaft. Im Ganzen haben die Rechten den Eindruck, dass die deutschen Bürger*innen zu wenig an die Pflicht denken und zu viel an sich. Entsprechend ihrer Krisendiagnose über das Gemeinwesen wollen sie nicht wie andere Parteien an die Berechtigung konservativer Werte erinnern. Sondern sie machen den Übergang, liberalen Bestrebungen eine Feindschaft anzukündigen: Sie agitieren für eine grundsätzliche geistig-moralische Wende.

Werte und Pflichten passen bestens zusammen, weil Werte unverrückbare Grundeinstellungen sind, die über den alltäglichen Entscheidungen stehen. Wer Werte hat, fühlt sich ihnen gegenüber grundsätzlich verpflichtet. Sie gehen nicht, wie andere Pros und Kontras, in die Abwägung einer konkreten Alltagsentscheidung ein. Sie sind etwas, das unbedingt zu respektieren ist, über das man nicht diskutieren oder verhandeln will. Sie sollen einfach Geltung haben.

Den Gegnern der Rechten in Politik und Zivilgesellschaft ist das Werteprogramm der Rechten nicht Anlass darüber nachzudenken, warum man als moderner Mensch eigentlich Werte haben sollte und ob da nicht ein Haken dran ist. Sie kontern den Vorwurf des Werteverfalls ohne jegliche politische Analyse ganz schlicht mit der Diagnose, dass die Zustimmung von Teilen der Gesellschaft zur AfD selber Ausdruck eines Werteverfalls sei.

Ein Wert für alle Kontrahent*innen der AfD: Die Stellung zum Nationalsozialismus

»Deutschland hat eine großartige Geschichte«, auf die ein Deutscher stolz sein kann und muss – so die AfD. In diesem Sinne findet die AfD es verkehrt, 12 Jahre NS-Geschichte im Vergleich zu den anderen (eingebildeten) 1000 Jahren deutscher Geschichte hervorzuheben. Und dass Deutschland alleine schuld sei am zweiten Weltkrieg, hält die AfD auch nicht für ausgemacht.

Gibt es bei den anderen Parteien für die Fremdenfeindlichkeit der AfD-Anhängerschaft auch mal Verständnis, ist dies beim Thema Nationalsozialismus anders: Die Stellung zum NS ist der Lackmustest, ob eine Partei indiskutabel oder wählbar ist.

Der Grund dafür liegt darin, dass alle etablierten Parteien selber auf ein deutsches Geschichtsbewusstsein in ihrer Bevölkerung scharf sind. Die Identifizierung mit der Geschichte des deutschen Staates ist für sie selber ein wichtiger Wert. Aus der ›historischen Not‹, die Rechtsnachfolge eines Staates antreten zu wollen, der gerade ein Massenvernichtungsprogramm umgesetzt hatte, hat die deutsche Politik nach und nach eine Tugend gemacht: Das Schuldbekenntnis, den zweiten Weltkrieg ausgelöst zu haben und das kräftige Bekenntnis, dass die Judenvernichtung ein einzigartiges Verbrechen in der Menschheitsgeschichte darstelle, war das Eintrittsticket, um als geläutertes Deutschland in der westlichen Staatengemeinschaft erneut einen Aufstieg zu planen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die sowjetische Bevölkerung musste dagegen nicht so hervorgehoben werden, schließlich war der Antikommunismus im neuen Kalten Krieg nicht unwillkommen, sondern Programm.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Hiermit soll nicht dazu aufgerufen werden, die Befassung mit den Gründen für den Mord an den Juden sowie anderen vermeintlichen Feinden der deutschen Nation bleiben zu lassen – im Gegenteil. Das anhaltende offizielle Interesse der deutschen Politik am NS-Gedenken hat allerdings keine guten Gründe.

Mit der Zeit – und da haben die Grünen einen gewichtigen Beitrag geleistet – hat die bundesdeutsche Politik gelernt, aus der Scham eine Tugend zu machen. Wer sich schämt, der identifiziert

sich ja genauso mit Deutschland, wie ein stolzer Mensch – nur etwas umwegiger. Außenpolitisch wiederum beanspruchte Deutschland ein Weltmeister im Erinnern an die und im Lernen aus den dunklen Stunden einer Nation zu sein. Damit kann man dann gut auch anderen Nationen sagen, welche Verbrechen sie auf dem Kerbholz haben und wie sie damit umzugehen haben: Am besten, indem Deutschland gleich einen ständigen Sitz in der UNO bekommt, wofür sich CSU/CDU/FDP/SPD/Bündnis 90/Die Grünen einsetzen. Nach innen und außen lässt sich mit der Art Erinnerungspolitik sogar ein Krieg legitimieren, was die grünen Friedensfreunde 1999 gegen Jugoslawien eindrücklich bewiesen haben.

So ist der Bezug auf den NS als das zentrale schreckliche Ereignis der deutschen Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland zur Staatsräson geworden, also ein unhintergebarer Wert. Die Beantwortung der Fragen, was genau die Gründe des zweiten Weltkrieges waren oder was die Logik der Judenvernichtung war, ist dabei herzlich egal. Hier kann jeder fast denken, was er will, und manchmal geraten dann Historiker*innen aneinander, was aber eigentlich auch nicht wichtig ist. Wichtig ist, dass alle eindeutig und unmissverständlich vor der NS-Geschichte, die eben ›ihre‹ sein soll und muss, erschrecken. Wenn man das gemacht hat, dann kann, soll und muss man auch locker anpreisen, wie toll die BRD-Geschichte war, was für tolle deutsche Geister ›wir‹ hervorgebracht haben (Goethe, Kant, Hegel) und überhaupt wie gut ›wir‹ Fußball spielen können. Das macht dann gute Deutsche aus.

Insofern ist die AfD und ihre Anhängerschaft natürlich ein Kind des Erfolges der BRD-Demokratie. Ursprünglich war das Schuldbekenntnis das Eintrittsticket Deutschlands in den Westen und die Voraussetzung, um darin seinen ökonomischen Aufstieg zu verfolgen. Je erfolgreicher das gelungen ist, desto fragwürdiger wurde auch die demonstrative Scham als Weg der Identifizierung mit der Nation. Wenn es allen letztlich doch um die positive Identifikation mit der Nation geht und wenn Deutschland so erfolgreich in der Welt ist, dann halten viele es nicht aus, dass man nur so umwegig auf Deutschland stolz sein und dem Rest der Welt so umwegig Ansagen machen soll. Wenn die genaue Erklärung des NS so egal ist, dafür dann aber allerhand anderer Sachen in der deutschen Geschichte ständig angepriesen werden, warum dann überhaupt 12 Jahre so wichtig nehmen? Die AfD hat den Verdacht oder ist sich da eigentlich schon sicher: Schon wieder soll das Deutsche klein gemacht werden.

So prallen an diesem Thema deutsche Nationalist*innen in der Frage, wie man die Identifikation der Leute mit Deutschland sicher stellen soll, voll aufeinander. Von einer wechselseitigen Kritik kann man im engeren Sinne dabei nicht sprechen: Auf der Ebene von Werten halten sich beide Seiten wechselseitig vor, Deutschland zu schaden, indem die – von allen Seiten gewünschte – Identifikation mit Deutschland auf dem falschen Wege betrieben würde.

Den NS in seiner zentralen Bedeutung für die deutsche Geschichte zu relativieren, das geht für die Kontrahent*innen der AfD gar nicht. Das Bedürfnis ihrer Anhängerschaft nach ungebrochen schönen Seiten Deutschlands können dagegen schon wieder viele verstehen. In Bayern und NRW gibt es jetzt Heimatministerien. In jeder Partei fühlen sich Politiker*innen von CSU über die Grünen bis zur Partei Die Linke herausgefordert, ihre Heimatliebe zu unterstreichen. Dem Vorwurf des Vaterlandsverrats seitens der AfD und anderer Rechter begegnet die politische Elite mit demonstrativer Vaterlandsliebe: »[I]ch glaube, dass man um den Begriff Heimat kämpfen muss. Wenn man ihn den Rechtsextremisten überlässt, wird er verhunzt.«

(Grünen-Vorsitzender Robert Habeck im Interview mit dem Standard, 21./22.09.2019)

Mit den neuen deutschen Werten gegen die alten deutschen Werte

Keine Frage: Leistungen und Opfer für die Nation bringen, dagegen hat keine deutsche Partei etwas. Und wenn die Geburtenzahlen der deutschen Staatsbürger*innen seit 2016 wieder steigen, dann freuen sich auch alle. So etwa die familienpolitische Sprecherin der Grünen Franziska Brantner: »Die Zahlen sind erfreulich, doch darf sich die Bundesregierung nicht darauf ausruhen.«¹⁴

Als deutsche Werte werden aber Leistungsbereitschaft und kinderreicher Familiensinn derzeit auf höchster Ebene nicht verhandelt. Gegen die AfD verkündet die Kanzlerin zur Neujahrsansprache 2018/2019 die aktuellen deutschen Werte:

»Dabei ringen wir um die besten Lösungen in der Sache. Immer häufiger aber auch um den Stil unseres Miteinanders, um unsere Werte: Offenheit, Toleranz und Respekt. Diese Werte haben unser Land stark gemacht. Für sie müssen wir uns gemeinsam einsetzen – auch wenn es unbequem und anstrengend ist. Da, wo wir an unsere Werte glauben und unsere Ideen mit Tatkraft umsetzen, da kann Neues und Gutes entstehen. Daraus können die Kräfte erwachsen, die wir brauchen, um Schritt für Schritt die Probleme zu lösen und so den Boden für eine friedliche, sichere Zukunft für uns und unsere Kinder zu bereiten.«¹⁵

Statt Konkurrenz-tugenden (z.B. Leistungsbereitschaft) oder politische Tugenden (z.B. Patriotismus), erklärt die Kanzlerin bestimmte Arten und Weisen sich zueinander zu verhalten zu den höchsten Werten der Republik. Und den Zusammenhang von Werten und Pflicht kennt die Kanzlerin natürlich auch:

»Deutschland ist nur so ein schönes, starkes Land, weil wir ein Grundgesetz haben, das die Würde jedes Einzelnen schützt, aber jeden auch zur Toleranz verpflichtet.«¹⁶

Weiter oben im Text ist das Toleranzgebot bereits hinsichtlich der Fremdenfeindlichkeit kritisiert worden. Es gilt aber auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Kategorien und ihren Träger*innen: Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexuelle Identitäten und sexuelle Orientierungen. Da mögen sich manche an gesellschaftlichen Entwicklungen stören, sie haben sie aber bitteschön auszuhalten. Mehr noch: Im Umgang miteinander dürfen die anderen nicht herabgewürdigt werden, nur weil sie stören – Respekt ist verlangt. Was die Menschen dürfen und wo die Grenzen liegen, das entscheidet alleine der Staat. Das sollen sich alle guten Deutschen zum Lebensmotto bzw. diese

Umgangsart miteinander zum Wert machen. Das Toleranzgebot ist freilich nur da notwendig, wo Menschen massenhaft Abneigungen hegen. Von daher ist es auch kein Wunder, dass hier vor allem von Gruppen gesprochen wird, die noch vor nicht allzu langer Zeit vom deutschen Staat selber bekämpft oder zu einer besonderen Unterordnung gezwungen wurden. Die Aufforderung, man solle in Deutschland doch bitte tolerant gegenüber Männern, heterosexuellen Menschen oder gegenüber Christ*innen sein, würde ein wenig komisch wirken. Anders hört sich das Toleranzgebot an, wenn es heißt, man solle bitte Frauen auch als Chefin aushalten, homosexuelle Paare, Kippa- und Kopftuchträger*innen auf der Straße nicht beleidigen oder eine Trans-Person beim Bewerbungsgespräch nicht gleich ausschließen.

Mehr oder minder machen die Rechten gegen das Toleranzgebot mobil. Dabei erinnern sie in ihrem Parteiprogramm und ihrer Agitation durchaus an die politischen Gründe, warum es dem deutschen Staat früher durchaus sinnvoll erschien, die angesprochenen gesellschaftlichen Gruppen gesetzlich zu diskriminieren.¹⁷

In der Entgegnung seitens der Kanzlerin sowie fast aller anderen Kritiker*innen der AfD werden diese politischen Gründe nicht kritisiert – was kein Wunder ist, würde das doch ein recht schlechtes Licht auf den Zwangszusammenhang Deutschland werfen. Stattdessen wird mit dem Hinweis, dass man jetzt in einer anderen Zeit lebe, das Ganze methodisch eingeordnet: Ihr könnt eure Abneigungen behalten, nur dürft ihr sie nicht praktisch werden lassen.

Die außerparlamentarische Linke macht mobil: #unteilbar

»#unteilbar – Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.«¹⁸

Eine dramatische politische Verschiebung findet unbestreitbar statt. Fraglich ist aber, ob die im #unteilbar-Aufruf gut benannt ist. Rassismus war in der BRD immer schon gesellschaftsfähig, und undenkbar und unsagbar war er beileibe nicht. Man kann aber feststellen, dass seit einigen Jahren der überwiegende Teil der politischen Klasse einen expliziten Rassismus nicht mehr wollte, weil der als Integrationshindernis ausgemacht wurde. In der Bevölkerung oder in der BILD-Zeitung hatte der Rassismus – sei er abstammungsmäßig oder kulturbezogen begründet – dagegen immer seinen Platz, nur eben nicht als zentrales Dauerthema. Was gerade stattfindet ist eine erneute oder besser gesagt eine erweiterte Politisierung des Rassismus, der Homophobie und des Antifeminismus. Politisch war das ja vorher schon. Jetzt tritt mit diesen Standpunkten aber erstens eine relativ erfolgreiche Partei explizit an – und parallel halten es viele in der Gesellschaft für notwendig, die Standpunkte im Alltag, am Arbeitsplatz usw. offen und lautstark zu vertreten. Wenn das vorher nicht explizit und massenhaft gemacht wurde, dann doch nicht, weil die Leute sich nicht getraut haben, sondern weil sie das politisch nicht wichtig fanden. Das ist jetzt anders, wo der Standpunkt Einzug hält, dass eine umfassende »Krise des Volkes« und damit der Nation überhaupt vorhanden wäre.

Die Feindschaft der AfD gegen bestimmte Gruppen ist von #unteilbar mit dem Begriff »Menschenverachtung« ganz schlecht getroffen. Dieser kündigt – ähnlich wie bei dem Merkelschen Toleranzgebot – eine entpolitisierte, formalistische Kritik an der AfD an. Er greift die AfD nicht dort an, wo ihre Gründe für die Ablehnung bestimmter Gruppen (Feministinnen, Homosexuelle, ›Fremde‹) liegen, sondern auf einer völlig abstrakten

Ebene: sie würden einfach Menschen verachten. So müsste man dann allerdings konsequenterweise jede Partei und Strömung von links bis rechts als menschenverachtend bezeichnen, die irgendeine, wie auch immer geartete gesellschaftliche Gruppe (z.B. Pädophile, Vielflieger, Salafist, Nazi oder Mafia) ablehnt. Die Kritik an den Rechten, dass sie menschenverachtend seien (sozialwissenschaftlich »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« genannt) verdankt sich der Berufung auf die Menschenrechte. Und da macht #unteilbar denselben Fehler wie die Rechten: Beide Seiten halten die Menschenrechte für einen einseitigen Schutztitel der Bürger*innen gegen den Staat.

Die Rechten sehen das Gemeinwesen kaputt gehen und verlangen eine deutliche Unterordnung des Privatinteresses der Bürger*innen unter das Allgemeinwohl. Sie wollen, dass die staatliche Gewalt diese Unterordnung durchsetzt, und dafür soll sie sich der Fesseln entledigen, die sie bislang binden. So kommt für die Rechten z.B. ein Asylrecht höchstens als unverbindlicher Gnadenakt des Staates in Frage, niemals aber als eine Verpflichtung des Staates gegenüber ihm vorgelagerten Menschenrechten. Sie sehen in den unveräußerlichen Menschenrechten irrigerweise eine Schwächung der staatlichen Gewalt und entdecken darin nur, dass der private Bürger oder gar der Ausländer den Staat, und damit die Gemeinschaft, glatt ausnützen könnte. Statt die Bürger*innen an die Pflicht zum Dienst am Gemeinwesen zu erinnern, würden die Menschenrechte nur den Staat in die Pflicht nehmen, und das kann für die Rechten nicht sein.

Dass die Menschenrechte vor allem den Staat zugunsten des privaten Bürgers in die Pflicht nehmen, sieht #unteilbar genauso, entdeckt darin aber etwas Positives. #unteilbar nimmt den Kampf jetzt auf und organisiert eine Volksfront zur Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie. Gegen autoritäre Lösungen halten sie die Menschenrechte hoch, gegen die Pflicht des Einzelnen die Pflicht des Staates – als wenn das Gegensätze wären. Unter diesem Banner versammelt #unteilbar die Zivilgesellschaft und postuliert dabei ein Gegen-Wir zur AfD.

Objektiv sind die Menschenrechte dem Staat nicht vorgelagert. Sie sind eine Selbstverpflichtung des Staates: Er selbst bindet seine Institutionen und Staatsagent*innen daran, in der alltäglichen Politik bestimmte Grundsätze nicht leichtfertig zu übergehen – dafür steht das Prädikat »unveräußerlich« bei den Menschenrechten. Die Menschenrechte (insbesondere Freiheit und Privateigentum) sind ein Mittel der staatlichen Macht eine Gesellschaft einzurichten und aufrechtzuerhalten, die dazu dienen soll, dass der Privatneid vermehrt wird (was natürlich eine bleibende Armut der Arbeiterklasse einschließt). Davon lebt der moderne Staat und daraus zieht er seine Macht. Dass die Menschenrechte ein Instrument des Staates sind, davon zeugen letztlich auch die Schlussbestimmung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 29) oder der Grundgesetzartikel 18. Mit aller Deutlichkeit steht da, dass die staatliche Ordnung eine prinzipielle Pflicht der Bürger*innen für die staatliche Ordnung einfordert – sonst hat es sich mit den Menschenrechten.

»Artikel 29 (Grundpflichten)

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.«

GG Art.18: »Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.«

#unteilbar vermeidet in ihrem Kampf für die demokratische Herrschaft dabei einerseits, dieses ›Wir‹ nationalstaatlich zu definieren. Die Bündnispartner sind überwiegend deutsche Vereine, nicht-deutsche Initiativen sind aber explizit willkommen. Dass die Berufung auf nationale Identitäten ihren Kampf spalten könnte, versucht sie zu umgehen, indem sie gleich alle Nationalflaggen auf ihrer Demo in Dresden untersagt. Auf der anderen Seite geht sie in ihrem Willen, möglichst viele Initiativen hinter sich zu bringen, das Thema nationale Identität auch nicht an. So kann jeder sich so seines dabei denken und mit demonstrieren. Hochrangige Berufsnationalist*innen (also Politiker*innen) von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken nehmen an den Demos teil und stellen sich hinter die Initiative. Und ein angesehener Unterhaltungskünstler, der auf der ersten Demo gespielt hat, sagt den Leuten:

»Wir sind ein sehr, sehr junges, zerbrechliches Land und wir haben uns unsere Freiheit über Jahre sorgsam gemeinsam erarbeitet. Sie ist nicht selbstverständlich oder in Stein gemeißelt. (...) Wir stehen auf dem Prüfstand und es gilt viel zu verteidigen. Niemand ist deutscher als andere, es gibt nicht das Deutschland, sondern es gibt Millionen Deutschlands. Und das ist die untrennbare Schönheit dieses Landes.«¹⁹

So gerät diese Initiative gegen Rechts dann doch zum Baukasten einer alternativen nationalen Identität. Sie schwört ihre Mitstreiter*innen auf diese Republik ein, definiert sich ein alternatives Vaterland mit einer alternativen vorstaatlichen Identität. Lauter Menschen, die sich in der BRD selbst verwirklichen wollen und sich dafür jetzt gemeinsam um den Staat und seine Gesellschaft Sorgen machen und sich für sie einsetzen wollen.

Dabei schwankt das Bündnis. Einerseits bietet es Leuten eine Bühne zum Mitmachen, die mit der BRD eigentlich zufrieden sind und nur die AfD nicht wollen. Andererseits will die Initiative die derzeitige BRD auch nicht einfach gut finden. Dass die Demokrat*innen aus den etablierten Parteien Flüchtlinge drangsaliieren und abschieben und dass sie verschärfte Sicherheits- und Polizeigesetze erlassen, ordnen sie einem rechten Trend zu, den sie ablehnen. In der sozialen Frage ist #unteilbar sehr unzufrieden mit dem Status Quo:

»Die zentrale Botschaft der #unteilbar-Demo lautete: Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen. Wir kämpfen gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung. Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Wir stehen #unteilbar für Gleichheit und soziale Rechte. (...) Eine Politik, die sich weiterhin an das Dogma der freien Märkte und des grenzenlosen Wachstums klammert und die Frage nach gerechter Verteilung nicht mitdenkt, legitimiert Ungleichheiten und bereitet den Weg für autoritäre Lösungen. Der Kampf für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle und die Kämpfe für Freiheit und Gleichheit sind #unteilbar, und zwar überall.«²⁰

Sowohl gegen Ausschlüsse von Ausländer*innen (oder als solche betrachteten) als auch gegen Armut soll sich ihr Engagement richten. Sie lehnen ein gegeneinander Ausspielen von Sozialstaat, Flucht und Migration ab, wie Rechte es gern tun, indem diese soziale in nationale Fragen verwandeln. Für die Rechten ist es ein Skandal, wenn Deutsche in Armut leben und gleichzeitig Flüchtlinge staatliche Unterstützung erhalten. Diesem Gegensatz hält #unteilbar entgegen, dass man sich sowohl gegen die Verschlechterung sozialer Lagen als auch gegen eine restriktivere Flüchtlingspolitik einsetzen muss. Insofern unterscheidet sich das Bündnis auch von dem anderen linken Bündnisversuch #aufstehen.

Mit der Diagnose, dass Armut zum Wunsch nach autoritären Lösungen führe, macht #unteilbar zugleich den oben schon kritisierten Fehler von #aufstehen und der SPD. Davon, dass Leute arm sind und ihre Armut nicht mehr aushalten, führt sie eben kein direkter Weg zu einem rechten Standpunkt. Um von ihrer Armut bei einer rechten Sichtweise zu landen, müssen sie schon all die Zwischenschritte mitmachen: dass das Allgemeinwohl vor dem Einzelinteresse gelten muss; dass der Dienst am Allgemeinen dann auch eine gerechte Teilhabe ermöglichen müsse; dass, wenn diese Teilhabe ausbleibt, nicht das Allgemeinwesen (Kapitalismus und Staat) scheiße ist, sondern das Allgemeinwesen einfach nur nicht gut funktioniert, weil Einzelne (von Banker*innen, Immobilien- Konzerne, Unternehmen, Politiker*innen bis hin zu Arbeitslosen oder Gewerkschaften) sich zu viel herausnehmen würden gegenüber dem Gemeinwesen usw. usf.. Nur wer diese Schritte gedanklich macht – und das tun viele Leute im normalen demokratischen Betrieb auch – ist offen dafür, die Armut mit einem Mangel an staatlicher Gewalt und an Pflichterfüllung zu erklären.

Nebenbei: An dieser Stelle fällt auf, dass auch linke Initiativen mehr staatliches Durchgreifen gegen Einzelinteressen fordern, z.B. in der Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen. Diese Forderung von rechts und links unterscheidet sich aber einerseits im Ausgangspunkt: Linke Initiativen stören sich tatsächlich an massenhafter Armut und wollen diese abmildern. Rechte haben als Ausgangspunkt gleich das deutsche Gemeinwesen (oder gleich den Staat) zum Objekt ihrer Sorge. Linke wollen dann in der Regel auch nicht einfach allgemein mehr Gewalt und Pflicht, sondern staatliche Härte gegenüber bestimmten Gruppen (z.B. Immobilien-Kapital). Bei den Rechten dagegen geht es schon um einen allgemeinen Wunsch nach mehr Law & Order und generelle Härte im Durchgreifen des Staates. Der Grad zwischen rechts und links ist hier aber manchmal schmal, und das ist dann auch der inhaltliche Grund, warum manche Linke plötzlich den Sprung ins rechte Lager machen oder Anhänger*innen einer Querfront werden.

Bleibt zum Schluss noch festzuhalten: Im Grunde will das #unteilbar-Bündnis, das 2018 relativ spontan entstanden ist, rechte Menschen oder solche, die auf dem Sprung nach Rechts stehen, nicht kritisieren und damit von anderen politischen Standpunkten überzeugen. Die Demos sollen vielmehr diejenigen versammeln und aktivieren, die eh gegen Rechts sind – ihnen soll Mut gemacht werden, dass sie nicht alleine stehen angesichts zunehmender Anfeindungen im Alltag oder politischer Drangsalierungen durch diejenigen Regierungsentscheidungen, die dem rechten Ansinnen etwas entgegenkommen. In dieser Hinsicht ist #unteilbar ein Mittel im Abwehrkampf diverser Gruppen und Organisationen. Dieses Mittel taugt in einer anderen Hinsicht nichts: Irgendwie scheinen die Rechten ja zusehends normale Demokrat*innen zu überzeugen reihenweise bei ihnen das Wahlkreuz zu setzen. Dagegen bietet #unteilbar keine Gegenargumente an, sondern setzt einfach eine andere Haltung und einen anderen Wert dagegen: »Solidarität statt Ausgrenzung!« Dahinter viele Menschen zu versammeln, ist ihr ganzer Kampf gegen Rechts.

Die AfD beansprucht das politmoralische Empfinden (»gesunder Menschenverstand«) der Mehrheitsbevölkerung zu vertreten und behauptet, dass sich in der Politik nur lautstarke Minderheiten breit machen würden. Gegen diese Behauptung wird in der bürgerlichen bis linken Zivilgesellschaft mit den Slogans »Wir sind mehr« oder »Ganz Berlin hasst die AfD« vorgegangen: Das stimme gar nicht, schließlich sei man mehr, was sich an den großen Demos und Konzerten gegen Rechts zeige. Der Verweis auf die Mehrheit soll die Rechten argumentlos ins Unrecht setzen. Das ist sehr demokratisch gedacht: Wer die Mehrheit hat, gibt – per demokratischem Verfahren legitim – den Ton an. Als wäre Macht haben dasselbe wie Recht haben. Und als würde die Masse an Zustimmung zu einem politischen Standpunkt etwas über dessen Vernünftigkeit aussagen. So gesehen kann man gegen den deutschen Faschismus des NS, zu dessen Ansichten die AfD doch eine gefährliche Nähe haben soll, gar nichts einwenden – bei dem Engagement und Rückhalt, den er in seinem Volk genoss. Uns ist klar, dass die Demonstrant*innen das nicht mitmachen würden – sie kennen schon noch andere Gründe gegen die AfD. Uns geht es hier aber um die Logik, mit der hier gegen die AfD argumentiert wird, und die ist verkehrt.

»Die rechte Alternative bringt den Staat in die Krise.«

In den Augen der AfD hat die Politik ganz generell das Nationale aus den Augen verloren: Sie zerstört die Volkssubstanz durch die Verordnung von Koexistenz mit ›Fremden‹, und durch die Förderung liberaler Sitten zerstört sie die nationale Moral. In der Außenpolitik kommt die AfD zu einer ähnlichen Diagnose. Mit der EU habe sich Deutschland in eine Institution begeben, in der teils Entscheidungen getroffen werden, die nicht ohne Weiteres durch deutschen Parlamentsbeschluss abgelehnt werden können. Darin entdeckt die AfD nicht von Fall zu Fall den einen oder anderen politischen Nachteil für Deutschland, sondern gleich die Abkehr vom nationalen Standpunkt überhaupt. Der Staat, das entscheidende Mittel der Volksgemeinschaft, dient in der Vorstellung der AfD damit nicht mehr dem Volk, sondern zunehmend dubiosen globalen – also ausländischen – Interessen.

Überall, wo die AfD in internationalen Institutionen wie der EU das Nationale ausverkauft sieht, hält die aktuelle politische Führung dagegen: die EU braucht es gerade für den deutschen Erfolg. Damit offenbart sie wieder eine prinzipielle Gemeinsamkeit mit der AfD: Sowohl in der Gefahreinschätzung – Deutschland drohe die nationale Bedeutungslosigkeit innerhalb der »Großmächtekonkurrenz zwischen den USA, Russland und China«²¹ – als auch in der Zielsetzung – Deutschland muss sich verstärkt selbst behaupten – ist sich die Bundesregierung mit der AfD einig. Die Uneinigkeit beginnt bei der Wahl der Mittel, mit denen die internationale Weltgeltung beansprucht und ausgebaut werden soll: Ohne die EU geht das für die Vertreter*innen der bisherigen deutschen Staatsraison nicht, die Anderen halten gerade die EU für Deutschland für schädlich.

Und angesichts der Kampfansage Donald Trumps, sich nunmehr ausschließlich dem Recht der USA auf Überlegenheit anstatt den internationalen Regelwerken verpflichtet zu fühlen, schwenken auch die Regierenden in Germany ein Stück weit um: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.«²² Damit kündigen sie an, künftig eigenständiger für ihre Souveränität bzw. die Sicherung ihrer weltweiten Interessen sorgen zu wollen: »Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.«²³ Insofern sind die AfD mit ihren Vorwürfen des Souveränitätsverlusts und die etablierten Parteien mit ihrem Bestehen auf dem EU-Bündnis auch wiederum nicht so feindliche Schwestern. Mit der Krisendiagnose der wackelnden Weltordnung geben die etablierten Parteien den Bürger*innen ständig Futter für den Sprung nach Rechts. In dem Maße, wie diese Krisendiagnose zugespitzt wird, feuern sie den Gegensatz zu den Rechten zugleich an: Wenn die Regierungsparteien mehr Europa wollen, weil Deutschland sonst bedeutungslos wird in der Welt, entdecken die Rechten genau in dem mehr Europa die zunehmende Bedeutungslosigkeit des deutschen Standpunkts.

Ein Fazit: *Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren*

Der Kampf gegen Rechts, wie er derzeit von bürgerlicher Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geführt wird, geht immer zielsicher am Kern des rechten Standpunktes vorbei. Demokrat*innen können Faschist*innen nicht kritisieren, weil sie einfach zu viele politische Grundlagen mit ihnen teilen.

Der rechte Nationalismus fordert den Abstand zu ›Fremden‹, die Betonung des Nationalen, die Pflicht nach innen und den Erfolg Deutschlands nach außen, also insgesamt einen starken Staat. All das ist Demokrat*innen nicht fremd: Eine konsequente Kritik an Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit oder autoritärem Wertewandel, oder einem nach außen durchsetzungsfähigen Staat, würde ihre eigenen politischen Zielsetzungen infrage stellen. Daher unser doppelter Schluss: Erstens: Der Kampf gegen Rechts gelingt nur, wenn den Leuten die Einheit madig gemacht wird, auf deren Erfolg sie alle bestehen: die Nation. Sie ist keine pfiffige Art und Weise der Arbeitsteilung, die allen einfach fortlaufend ein sicheres und zunehmend angenehmes Leben verschafft. Im Gegenteil: Systematisch schafft sie für die Lohnabhängigen nur eine prekäre Lebensweise und die ungeheuren Produktivkraftfortschritte münzen sich für sie nie in mehr Freizeit um. Der Staat wiederum ist mit seiner sozialstaatlichen Abteilung

keine Hilfe zur Beseitigung der Existenzangst, sondern begleitet die Marktwirtschaft, damit ihre systematische Massenarmut funktional für die gesamtgesellschaftliche Reichtumsvermehrung bleibt. Daher unterscheiden sich die Argumente gegen Rechts auch nicht von den Argumenten gegen die bürgerliche Gesellschaft überhaupt.

Zweitens: Wenn sehr Rechte oder Faschist*innen an die Macht kommen, wird das Leben auf jeden Fall deutlich härter – ein guter Grund, gegen sie zu sein. Das Leben in der bürgerlichen Gesellschaft ist aber für sich schon hart genug und ist systematisch schädlich für die meisten darin lebenden Menschen. Ein guter Grund gegen Kapitalismus und die bürgerliche Herrschaft, die ihn einrichtet und pflegt, zu sein.

Ein gegeneinander Ausspielen von Kritik an Faschist*innen und Demokrat*innen ist aufgrund ihrer gemeinsamen politischen Grundlagen also so oder so nicht angebracht.

Die Kritik an Kapital und Nation ist wirklich mal unteilbar.

DAS BEMÜHEN DER VOLKSPARTEIEN

um die Einheit mit dem Volk

Die AfD lehnt die von ihr so genannten »Systemparteien« als Verräter am Nationalen ab. Dafür erhält sie großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Die etablierten Parteien – besorgt um die Fortführung ihrer Staatsraison – fragen sich angesichts dessen, was sie falsch gemacht haben. Sie sind es gewohnt, dass sie Zustimmung und Wählerstimmen erhalten, und nun beginnt eine im Grunde »unwählbare Partei« tatsächlich Fuß zu fassen. Die etablierten Parteien betrachten die AfD – anders als andere Oppositionsparteien – nicht als legitime Alternative zu sich selbst, sondern als Angriff auf sich und das demokratische System. Dementsprechend bilden nicht nur die Regierungs-, sondern sämtliche Parteien einen Quasi-Block gegen die AfD.

Sicher: Die AfD will auch nichts mit den »Systemparteien« zu tun haben, kritisiert sie auch nicht bloß dafür, die Staatsgeschäfte unverantwortlich, unfähig, zu unentschlossen o.ä. zu führen. Sondern sie wirft ihnen vor, überhaupt jede Verpflichtung gegenüber Volk und Land verraten zu haben. Damit stellt die AfD die jahrzehntelange Staatsraison Deutschlands grundsätzlich infrage, und deshalb wird sie von den etablierten Parteien als fundamentale Gegnerin behandelt. Daraus kann man etwas über die Demokratie lernen: In der Demokratie ist die Opposition offensichtlich nicht dafür vorgesehen, alle möglichen politischen Konzepte oder Ideen als Alternativen zum Aktuellen vorzuschlagen. Stattdessen werden sich die »verantwortungsvollen« Parteien einig, dass bestimmte Parteien generell nicht (mit) an die Macht dürfen. So werden einige Koalitionspartner aus Prinzip von vornherein ausgeschlossen – ein Verfahren, das auch schon mal die Grünen und die Linkspartei erfahren haben (bei der Linkspartei beharrt die CDU/CSU bis heute darauf). In der

bürgerlichen Demokratietheorie wird sonst eher ein Bild verbreitet, nach dem Interessen und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung durch Parteien gebündelt würden und dann durch Kompromisse der Parteien das Staatshandeln entstehe. Jetzt gibt es aktuell eine bestimmte Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung und die münzt sich in Stimmengewinne für die AfD um; und die anderen Parteien beschließen, dass die AfD keine Mitmacherrolle im Staatshandeln bekommen soll. Die Staatsraison durchzusetzen hat also einen höheren Wert für sie als irgendein Kompromiss entlang der Unzufriedenheiten in Teilen der Wählerschaft. Daher kann man sich schon fragen, ob die Demokratie nicht einen umgekehrten Zweck hat: Die Parteien haben nicht einfach die Aufgabe, Interessen und Unzufriedenheiten in der Bevölkerung in das Staatshandeln umzusetzen, sondern die Interessen und Unzufriedenheiten immer wieder auf die Staatsraison zu verpflichten.

So verhalten sich auf jeden Fall die etablierten Parteien, wenn sie auf dem Standpunkt stehen, dass nur ihnen die Wählerstimmen zustehen und die AfD eine quasi unzulässige, eben »unwählbare« Konkurrenz darstellt. In diesem Geiste befassen sich die etablierten Parteien dann mit der »Entfremdung« von Teilen des Volkes von sich. Sie erteilen sich den Auftrag, die abdriftenden Volksteile wieder zurückzuholen, um dadurch die Einheit von Volk und Führung in Deutschland wieder herstellen. Das patriotische Bedürfnis nach nationaler Identität, das sich rund um die AfD so unzufrieden zu Wort und Tat meldet, wird dabei sachgemäß keiner kritischen Betrachtung unterzogen – soll es doch genau um die Wiederherstellung der nationalen Einheit gehen.¹

Kompliziertere »Lösungen«!

Man kennt es: Politiker*innen etablierter Parteien sortieren viele Forderungen der AfD (wie die nach der rigorosen Ausgrenzung von Migrant*innen oder der Abschaffung von EU-Regularien) als – für so ein Volk – verständliche »einfache Lösung« ein. Wer so auf Forderungen der AfD reagiert, macht im ersten Schritt vor allem eins: Man erkennt die von der AfD aufgeworfenen »Problemlagen« durchaus als berechtigt an. Im zweiten Schritt wird damit gesagt, dass sich die Lage aber viel komplizierter darstelle, als die AfD das sehen wolle. Schließlich stehe Deutschland in vielen internationalen Verflechtungen und habe seinerseits auch Pflichten gegenüber Partnern einzuhalten. Rechte werden so an »der Realität«, deren »Komplexität« sie nicht kapierten, blamiert – das kennt man auch von früher gegenüber »weltfremden« linken Idealisten. Eine Kritik an den »Problemlagen«, die die Rechten sehen, ist das nicht.

Die etablierten Parteien kreiden der AfD mit dieser Sorte »Kritik« an, dass sie ihre Forderungen nicht an der Staatsraison – das heißt den geltenden politischen Maßstäben der deutschen »Realität« – relativieren. Das lässt sie in deren Augen und auch in den Augen vieler Medien als blöd und inkompetent dastehen. Das, was die Rechten an Kritik äußern, wird so nur methodisch zurückgewiesen und auf die Unterscheidungsebene von »dumm« und »intelligent« gehoben. Damit wird der nach rechts abgedriftete Wähler sehr eigentümlich angesprochen und umgarnt:

Einerseits – das wird dem Wähler schon mitgeteilt – zeigt sich an dessen Offenheit für einfache Lösungen schon auch, wie sehr er sich um die Nation sorgt, womit er als potentiell verantwortungsvoller Mensch gelten darf. Andererseits lässt er sich aber auch wieder viel zu leicht von Populist*innen verführen, was dann seine Dummheit und Inkompetenz anzeigt. In der Agitation um diese Wähler*innen wird jetzt die Dummheit der AfD von der Dummheit der Wähler*innen getrennt. Parteien, die anführen sollten, zeichnen sich durch das Verständnis der komplexen Realität aus. Die anderen Parteien sind dann vergleichsweise inkompetent. Vernünftige Wähler*innen misstrauen einfachen Lösungen, gerade wenn sie so ansprechend sind. Sie haben ein begründetes Misstrauen gegen sich selbst und wollen daher eine Führung, die die Komplexität der Realität besser versteht als sie selbst – und so für sie das Beste rausholt. Mit diesem Lob und dieser Kritik legen Politiker*innen der abdriftenden Wählerschaft die Frage vor, ob sie wirklich so doof sein will, auf die blöden Rechten reinzufallen oder nicht doch viel vernünftiger die Politik einer kompetenten Führung überlassen will.

Die Rede von den einfachen Lösungen, die im Volk ankommen, aber niemals die Politik bestimmen dürfen, schnürt sich also zusammen auf eine Agitation der etablierten Parteien für die korrekte Rollenverteilung in der Demokratie: Den Profis in der Politik sollte das Volk Vertrauen schenken, dass sie für Deutschlands Erfolg das Beste rausholen.

»Die Leute wählen die AfD nur aus Protest!«

Die etablierten Parteien setzen die Werbung für sich als kompetente Führung und für die richtige Rollenverteilung in der Demokratie in der Deutung der AfD-Wahlerfolge als »Protest« fort. Damit behaupten sie, dass AfD-Wähler*innen eigentlich gar nicht der AfD zustimmen. Sie fingieren sich so als den eigentlichen Adressaten der Wahlentscheidungen, indem sie das Kreuz, das auf dem Wahlzettel bei der AfD gemacht wurde, als Denkzettel an sich selbst interpretieren. Damit ist eine selbstbewusste Aussage gemacht: Die etablierten Parteien bestehen auf ihrer exklusiven Zuständigkeit für's Regierungsgeschäft.

So viel ist ja dran an der Interpretation des AfD-Wählens als Protest: Unzufrieden sind die AfD-Wähler*innen ja tatsächlich. Aber ihre Unzufriedenheit wird schon so gelagert sein, dass sie dafür die AfD für eine gute Ansprechpartnerin halten – die Stimmen werden ja nicht einer x-beliebigen Oppositionspartei gegeben. Welchem Protest Leute mit so einem Wahlkreuz Ausdruck verleihen wollen, und was sie an der AfD gut finden, wollen die Volksparteien mit dieser Einordnung jedoch nicht klären.²

Mit der Denkzettel-Interpretation der Wahlergebnisse ist eine weitere Aussage gemacht: Wer bestreitet, dass AfD-Wähler*innen überhaupt das politische Programm der AfD gut finden und sich selber als eigentlicher Adressat behauptet, der hat ja selber etwas falsch gemacht. Die Volksparteien werden deswegen selbstkritisch in dem Sinne, dass sie nicht gut geführt und damit die Einheit von Volk und Regierung gefährdet hätten. Im Grunde werfen sie sich vor, sich auf dem Verhältnis von Führung und Volk, das sie jetzt wieder herstellen wollen, in der Vergangenheit zu sehr ausgehört zu haben. Das soll jetzt ausgebügelt werden:

»Wir haben mit den Menschen falsch kommuniziert«

Die Abstraktion vom konkreten Inhalt, warum Leute die AfD gut finden und sie wählen, führt zur abstrakten Diagnose der »Politik(er)verdrossenheit«. Dementsprechend allgemein und methodisch fällt die Selbstkritik aus: »Wir haben unsere Politik zu wenig erklärt«. In dieser Selbstkritik ist unterstellt, dass die konkrete Politik schon richtig, alleine die Kommunikation zum Volk mangelhaft war. Die Volksparteien wollen jetzt aber nicht damit anfangen, schlüssiger, genauer oder mit weniger Voraussetzungen ihre Sozialstaatsreformen, Krisenpolitik oder Einwanderungs- und Asylpolitik zu erklären. Sie werfen sich damit vielmehr vor, in der Vergangenheit beim Regieren über das Volk dem Volk zu wenig das Gefühl vermittelt zu haben, dass sie die Politik doch für das Volk machen.³ Entsprechend abstrakt fällt das »vermehrte Erklären« der Politik aus:

Die Politik habe entweder die »guten Gründe« für ihre Beschlüsse zu wenig ausgeführt, also den deutschen Nutzen zu wenig herausgestrichen. Oder sie habe deren unabweisbare »Notwendigkeit«, die angesichts irgendeiner »Herausforderung« oder gleich eines »Sachzwanges« entstanden sei, nicht genug betont.

Der Agitation der AfD für mehr selbstbewussten Nationalismus, die bei einem guten Teil der Wähler*innen sehr gut ankommt, stellen die Volksparteien jetzt die »verbesserte« Präsentation der bisherigen Politik als selbstbewussten Nationalismus entgegen. Wenn man die Lage in dieser Weise nur richtig »versteh«, erübrige sich die »Ferne« zur Politik schon.

»Wir haben den Menschen zu wenig zugehört«

Die Politik hat im Selbstverständnis der Volksparteien die Aufgabe, Sachen so zu Deutschlands Bestem zu regeln, wie es ein normaler Mensch des Volkes nie hinbekommen kann; und zugleich hat sie die Aufgabe, das Volk dabei so mitzunehmen, dass es der Führung vertraut. Neben der »verunglückten« Kommunikation, geben Politiker*innen selbstkritisch dem Volksurteil, dass die Politik zu abgehoben sei, dann so recht: die Politik habe dem Volk zu wenig zugehört und zu wenig Verständnis für die Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung aufgebracht, deren Umstände sich ja auch so schnell veränderten. Wer da überhaupt welche Umstände ändert, und ob die »Schwierigkeiten« beispielsweise im Wegfall bisheriger Einkommensgrundlagen im Zuge einer Systemtransformation (Auflösung der DDR) oder einer beschlossenen, voranzutreibenden »Digitalisierung« bestehen, oder in der »Zumutung«, glatt andere Hautfarben und »Sitten« mit ansehen zu müssen, wird hier gar nicht unterschieden.

Stattdessen wird an der Selbstdarstellung der Politiker*innen gegenüber dem Wahlvolk gefeilt, wenn es heißt »die Menschen verstehen«. Hochrangige Politiker*innen nehmen sehr ernst an Bürgergesprächen teil und hören da auch mal demonstrativ nur zu. Sie lassen sich auf Volksfesten sehen und halten Reden, die in ihrer Lockerheit und mit einer Portion schlechtem Geschmack zeigen sollen: »Auch wir sind Menschen, wie du.«

Das stimmt natürlich nicht, schließlich stehen sie ja über den Regierten, sie regieren diese – sie sind natürlich nicht auf Augenhöhe mit ihnen. Und dass das im Prinzip so bleiben soll, ist ja für alle Beteiligten klar. Die Wähler*innen verlangen von der Politik Durchblick und die Volksnähe als Beweis dafür, dass sie der Politik vertrauen können, auch wirklich nur Deutschlands Interessen zu verfolgen. Und die Politiker*innen treten diesen Beweis gerne an, damit das Volk ihnen für das nötige Durchregieren Vertrauen schenkt.

»Wir haben verstanden!«

Die regierenden Parteien zeigen ihre Einigkeit mit der als berechtigt eingestuften Kritik »von unten« – z.B. à la AfD – zu guter Letzt auch ganz praktisch. Jede Partei gibt dabei die von ihr (mitunter aus ganz eigenen Gründen) beschlossenen Maßnahmen als Antwort auf die Kritik aus, als die sie den rechten Protest interpretiert – und sich selbst so den Auftrag zum Weitermachen: CDU und CSU präsentieren eine restriktivere Asylgesetzgebung als Eingehen auf die »völkischen Zumutbarkeitsgrenzen«, die SPD will der als Sozialprotest gedeuteten rechten Unzufriedenheit mit einer Reihe bescheidener Verbesserungen beweisen, dass sie noch sozialdemokratische Politik kann. Beschlüsse, die so eingeordnet werden, sollen die Wahl der AfD überflüssig machen. Indem sie als Alternative zu rechten Konsequenzen auf rechte »Bauchschmerzen« präsentiert werden, zeigt sich wieder einmal, wie schmal der Grad zwischen demokratischen Parteien und rechten Standpunkten ist.

Falsche Kritik zur rechten Zeit

¹ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19014.pdf> S.1189, eingesehen am 18.08.2019

² Ebd.

³ Ebd.

⁴ Rede im Bundestag am 06.06.2019, siehe Eintrag auf Facebook vom 07.06.2019:

<https://de-de.facebook.com/juergen.trittin/>; eingesehen am 25.06.2019

⁵ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

⁶ Wagenknecht in einem Interview in Neues Deutschland am 21.03.2018

⁷ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

⁸ Zur Kritik des Deutsch-Seins als vorteilhaftes Privileg, siehe »Von Schland nach Gauland«, S. 4ff.

⁹ #aufstehen Mitinitiator Andreas Nölke in einem Interview mit dem Freitag 36/2018

¹⁰ Wagenknecht in einem Interview in Neues Deutschland am 21.03.2018

¹¹ <https://niedersachsen-mitte.dgb.de/bunt-statt-braun/>; eingesehen am 30.01.2020

¹² <http://bunt-ebe.de/?Veranstaltungen/2016/>; eingesehen am 30.01.2020.

¹³ Zur Lob der deutschen Gesellschaft als Hort von Vielfalt unter dem Abschnitt »der AfD mangelt es an Werten« mehr.

¹⁴ <https://www.franziska-brantner.de/presse/kinderlosigkeit-geburten-und-familien-kinderbetreuung-vorantreiben/>; eine Pressemitteilung vom 26.07.2017, eingesehen am 28.07.2019

¹⁵ <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/suche/neujahrsansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-zum-jahreswechsel-2018-2019-am-montag-31-dezember-2018-in-berlin-1564774>; eingesehen am 28.07.2019

¹⁶ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_78999664/angela-merkel-fluechtlinge-sollen-deutsche-werte-achten.html; Merkel auf einer CDU-Wahlkampfveranstaltung im September 2016; eingesehen am 28.07.2019

¹⁷ Siehe dazu den Abschnitt »Deutschsein = Verpflichtung auf die Gemeinschaft« im Text von »Schland nach Gauland«.

¹⁸ <https://www.unteilbar.org/aufwurf/>; eingesehen am 23. Oktober 2019

¹⁹ Herbert Grönemeyer zitiert nach <https://www.tagesschau.de/inland/unteilbar-demonstration-103.html>; eingesehen am 04.09.2019

²⁰ <https://www.unteilbar.org/uber-unteilbar/positionen/unteilbar-2019/>; eingesehen am 04.09.2019

²¹ Außenminister Maas am 11.09.2019; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-bundestag-haushalt/2246168>; eingesehen am 30.01.2020

²² Kanzlerin Merkel, siehe: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article165008816/Merkel-sieht-in-den-USA-keinen-verlaesslichen-Partner-mehr.html>; eingesehen am 25.08.2019

²³ Ebd.

Das Bemühen der Volksparteien

¹ Während der Text »Falsche Kritik zur rechten Zeit« die »Kritiken« an dem Standpunkt der AfD behandelte, soll dieser Text kurz darauf eingehen, wie die AfD-Wähler*innen von den Volksparteien umgarnt werden. Bei den Grünen und der Linken gibt es teilweise den Übergang, auch diese Wähler*innen ähnlich wie überhaupt die AfD zu kritisieren. Das machen die Volksparteien CDU/CSU und SPD nicht. Die folgenden Punkte beziehen sich vor allem auf diese Parteien, partiell sind sie aber auch bei den Grünen und der Linken zu finden, insbesondere dort, wo sie die Landesväter stell(t)en, also in Baden-Württemberg und Thüringen.

² Selbst wenn sich manche Menschen von der AfD-Wahl ein Signal an die regierenden Parteien versprechen, ohne selbst die umfassende nationale Krisendiagnose der AfD zu teilen: Daran zeigt sich, dass sie den etablierten Parteien in Sachen Ausgrenzung von »Fremden« oder Durchgreifen nach Innen sehr viel zutrauen. Worin sie im übrigen von der Politik angesichts verschärfter Abschiebepolitik und der Ausweitung polizeilicher Befugnisse bestätigt werden.

³ Als Beispiel mag die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel am 21.03.2018 dienen: »Wir wollen dazu beitragen, den leider vorhandenen Eindruck zu überwinden, dass in einer großen Notlage ganz schnell und umstandslos Fremden geholfen wird, die einheimischen Deutschen, die ebenfalls der Hilfe bedürfen, aber zurückstehen müssen.« <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19022.pdf>; S. 1821; eingesehen am 12.02.2020

Generelle Hinweise:

Die Gruppen gegen Kapital und Nation bieten zurzeit Diskussionsveranstaltungen in diesen Städten an: Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Freiburg, Nürnberg, Graz, Salzburg und London.

Es gibt Veranstaltungen und Texte zu den Themen:

- Biologismus
- EU und europäischer Nationalismus
- Faschismus
- Gesundheits- und Drogenpolitik
- Internet
- Kapital und Lohnarbeit
- Krieg und Frieden
- Kritik der Linken
- Nation und Nationalismus
- Rassismus und Antisemitismus
- Realsozialismus
- Religion
- Staatstheorie
- Sexismus
- Schule und Bildung

Folgende Broschüren gibt es von uns:

- Über Schiedsgerichte in Freihandelsabkommen
- Das staatliche Strafen
- Finanzkrise 2008 ff.
- Gentrification
- Nationalismus und Imperialismus:
Zum Beispiel Nordafrika
- Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum
- Texte zum Realsozialismus und Maoismus
- Wikileaks Bitcoin Copyleft
- Will das Kapital die Löhne immer nur senken?

<http://gegner.in>

info@gegen-kapital-und-nation.org

We provide some of our texts in English:

<http://antinational.org/en>



Download als PDF oder Ebook umsonst.

Zu bestellen gegen Spende (ca. 2,50 € plus Porto) auf www.gegner.in

Ein Buch (260 Seiten) von den Gruppen gegen Kapital und Nation. Dritte überarbeitete Auflage

Die Misere hat System: Kapitalismus

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

KAPITALISMUS

DIE MISERE HAT SYSTEM:

GESCHICHTE

aus, statt ihnen feindlich zu begegnen. Weiter gilt das Toleranzgebot nur für die Bürger, und auch nur in bestimmten Bereichen. Kein Arbeiter wird de auf die Idee kommen, seinem Chef bei Fragen um Überstunden oder niedrigen Lohn mit der Forderung nach mehr Toleranz zu kommen. Wenn der Staat wiederum in In- und Ausländer sortiert, Aufenthaltrechte vergibt oder nicht, dann be-anspruchert er Gehorsam und gegenüber Leuten, die einem illegalen helfen, ist er alles andere als tolerant. Toleranz schließt den Gehorsam gegenüber dem Staat ein. Und so passt sie als Wert als Begründung von nationaler Identität sehr gut zu einem Volk, dass sich einbilden will, vorstaatlich den gemeinsamen Zweck zu haben: und dadurch objektiv nur der Gesellschaft, die durch den Staat gewaltsam eingerichtet und zusammengehalten wird, parteilich die Daumen zu drücken.

Für Habermas, der prominenteste Vertreter einer angeblichen Willensgemeinschaft, ist der Bezug auf die Geschichte unverzichtbar. Und das gilt für alle, die die nationale Identität mit einer Lehre aus der Geschichte verküpfen. Auffällig ist, dass die Geschichte schon herrschaftlich gedacht wird. Ein heute Geborener hat weder unter der DDR geleitten, noch Hitler unterstützt oder eine Kolonialpolitik betreiben. Eine deutsche Geschichte gibt es nur, weil die Bundesrepublik Deutschland sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und der DDR betrachtet. Damit soll sich ein Deutscher so identifizieren, dass er diese Geschichte zu seiner Geschichte macht. Sicher, es gibt dabei einen Streit, ob man sich angesichts der Dritten Reiches schämen soll und deswegen berechtigt ist, über die Welt zu urteilen und in Länder zu intervenieren (BRD-Staatsräson), ob man die 12 Jahre nicht so wichtig nehmen soll (AfD) oder ob man darin gleich mehr positives entdecken soll (NPD). Diese Positionen haben aber eine Gemeinsamkeit: die Selbstverständlichkeit, dass die Rechtsfolge des Staates eine eigene, gemeinsame Geschichte mit politischen Aufträgen ergehen würde. Wobei sie das ja alle gerade umgekehrt sehen wollen: Eine vorstaatliche gemeinschaftliche Geschichte drücke sich nur in der Staatsgeschichte aus.

Für dieses Identifizierungsprogramm hat ›die Geschichte‹ einen großen Vorteil. Sie ist passiert und lässt sich nicht mehr ändern. Auch so lässt sich der blöde Gedanke, dass man ist, was man sein soll, gut verpacken – zumindest für diejenigen, die daran was finden – und das sind leider zu viele.

WERTE

Schaut man sich die Realität mal an, kommt folgendes raus: Skat Clubs, Swinger Clubs, Kirchengemeinden, Schützenvereine und Poetry Slam haben nichts gemeinsam, außer dass Leute das in ihrer Freizeit tun. Und all sowas gibt es zuhauf auch jenseits der Landesgrenzen.

Mit den Kulturbildern soll die Idee verbreitet werden, dass es ›das Deutsche‹ irgendwie gibt, das dann wiederum als Ausdruck in der Kultur anschaulich wird. Insofern wird das Deutschein damit auch gar nicht geklärt, sondern die ganze Zeit unterstellt. Das ›deutsche Wesen‹ gibt es, das zeigt sich doch an den Kulturleistungen – so die Logik. Und was zeige sich an Kulturleistungen? – das Deutsche eben! Das ist eine Tautologie. Mit dieser falschen Begründung der nationalen Identität leistet die Kultur nicht weniger als das Blut: Du gehörst eben dazu. Und so wird auch hier die Willensentscheidung (d. h. das Überprüfen und das sich dafür oder dagegen Entscheiden) getrennt von der Forderung an die Menschen nach unbedingter Parteilichkeit für die Gesellschaft.

Die Anhänger einer ›Leitkultur‹ wiederum konstruieren sich dazu sogar den Widerspruch, dass dieser angebliche Ausdruck der nationalen Identität in Kultur, Geschmackern etc. verbindlich für alle gemacht werden müsse. ›Du sollst sein, was du bist!‹ ist der ganze Widerspruch. Gerade durch die Verpflichtung der Leute auf eine Leitkultur wird hier der politische Wille deutlich, dass sich die Leute ohne großes Nachdenken ein- bzw. unterordnen sollen.

Denen in der Gesellschaft, die mit den Werten nichts anfangen können, wird dann auch nicht erklärt, warum Menschenrechte oder Toleranz aus ihrer Sicht gute Orientierungspunkte für einen gemeinsamen gesellschaftlichen Zweck wären. Wer te zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass man geradezu eine Selbstverständlichkeit. Auch hier zeigt sich dann, dass die Leute ohne gedankliches Nachprüfen eine Identität annehmen sollen.

Das sollte man nicht mitmachen und sich beser fragen, welchen Inhalt ein propagierter Wert hat und ob das wirklich ein guter Orientierungspunkt ist. Z. B. Toleranz: Tolerant muss man nur gegenüber Sachen sein, die einen stören. Sie sind irgendwie ein Ärgernis, aber man soll sie aushalten. Die allseits verbreitete Skepsis gegenüber Ausländern, die ja allemal die Grundlage für die Ausländerfeindlichkeit ist, ist mit der Toleranz überhaupt nicht kritisiert. Sie fordert nur einen anderen Umgang: Halte die störenden Ausländer

SPRACHE & KULTUR

Die gemeinsame Sprache soll die gemeinsame Volkseinheit herstellen? Das geht nicht auf. Zuerst die zwei wichtigsten Gegenargumente. Erstens kann man Sprachen lernen. Und zweitens ist ganz unwichtig wohl auch nicht, was man in einer Sprache sagt: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« hat mit »Worters of all countries, unite!« einfach 1000 Mal mehr zu tun als mit »Heil Hitler«. Die Sprache sagt eben nichts über den Inhalt und die Zwecke des Sprechers aus. Deshalb kann sie auch nicht die Grundlage für eine Nation oder für nationale Unterschiede sein.

Augenfällig ist dann ja auch, dass viele Sprachen in mehreren Nationen zugleich die vorherrschenden sind und daher als Unterscheidungskriterium nicht gut taugen. Das wissen in der Regel die Vertreter einer kulturellen Identität selbst und zur Sprache, die Menschen vermeintlich in Völkern trennen. Zum Beispiel die Gene. Gene mögen manche Aspekte am Aussehen bestimmen, zum Beispiel die Hauptigenntierung. Es kann auch sein, dass genetische Gemeinsamkeiten in bestimmten Regionen auf der Welt festgestellt werden, beispielsweise die Anfälligkeit für Hautkrebs aufgrund der Beschaffenheit der Hautpigmentierung. Das heißt aber auch nicht mehr, als dass in bestimmten Regionen die dort lebenden Menschen durchschnittlich häufiger Hautkrebs bekommen. Definitiv aber korrespondieren solche Phänomene nicht mit der Aufteilung der Welt in Nationalstaaten und den dazu gehörenden Volksmassen. Ein gemeinsamer gesellschaftlicher Zweck, also ob man etwa den Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital austrägt oder ›sozialverträglich‹ moderiert, ergibt sich daraus erst recht nicht. Populär ist dieser Klassiker angeblicher nationaler Identität qua Natur, weil damit der Gedanke »Du bist, was Du bist, und deswegen gehört es sich zusammenzustehen, seine Pflicht fürs Vaterland zu bringen« etc., von einer Willensentscheidung getrennt wird. Und damit ist er nicht zu hinterfragen. Eine Forderung an die Menschen nach unbedingter Parteilichkeit für die Gesellschaft, in die man ohne eigenes Zutun hineingeworfen ist, wird mit Blut, Genen, Rasse als natürlich-unabänderlich verplausibilisiert.

Auf diesem Feld wird es richtig bunt, wenn damit die nationale Identität belegt werden soll: Sprache, Religion, alle möglichen Kunstarten, Hoch- wie Massenkultur, Philosophie und sonstige Wissenschaftler – alles wird rangenommen, um daran das Deutschtsein zu belegen. Komisch ist dabei, dass letztlich egal ist, was ein als deutsch einsonntiertes Genie dann vertreten hat. Dass Marx mit dem Lohnsystem brechen wollte, oder dass Hegel darauf gepocht hat, dass die Geisteswissenschaften objektive Sachen rausfindet oder keine ist und damit den ganzen modernen Wissenschaftsbetrieb in Grund und Boden kritisiert – das ist egal. Sie werden als deutsche Kulturgeister genommen und ihr weitweites Ansehen wird für die ›eigene deutsche‹ Vorzüglichkeit locker verbucht. In Bayern nagelt die CSU an jede Behörde ein Kreuz und handelt sich von den Kirchen den Vorwurf ein, ein religiöses Symbol zu missbrauchen. Pegida und die AfD warten mit der christlichen Tradition auf, zugleich sind die Kirchen im Osten einfach leer. Mit der Realität des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland haben diese Kulturhineingeworfenen nichts zu tun.

BLUT & GENE

Die Zusammengehörigkeit über die Abstammung, also das Blut, ist bei aller Unwissenschaftlichkeit ein Klassiker. Das ist überall rot, hat Rhesusfaktor oder nicht und weltweit gibt es nur die Blutgruppen O, A, AB und B. Wenn es nicht das Blut ist, dann kommen andere biologische Unterschiede zur Sprache, die Menschen vermeintlich in Völkern trennen. Zum Beispiel die Gene. Gene mögen manche Aspekte am Aussehen bestimmen, zum Beispiel die Hauptigenntierung. Es kann auch sein, dass genetische Gemeinsamkeiten in bestimmten Regionen auf der Welt festgestellt werden, beispielsweise die Anfälligkeit für Hautkrebs aufgrund der Beschaffenheit der Hautpigmentierung. Das heißt aber auch nicht mehr, als dass in bestimmten Regionen die dort lebenden Menschen durchschnittlich häufiger Hautkrebs bekommen. Definitiv aber korrespondieren solche Phänomene nicht mit der Aufteilung der Welt in Nationalstaaten und den dazu gehörenden Volksmassen. Ein gemeinsamer gesellschaftlicher Zweck, also ob man etwa den Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital austrägt oder ›sozialverträglich‹ moderiert, ergibt sich daraus erst recht nicht. Populär ist dieser Klassiker angeblicher nationaler Identität qua Natur, weil damit der Gedanke »Du bist, was Du bist, und deswegen gehört es sich zusammenzustehen, seine Pflicht fürs Vaterland zu bringen« etc., von einer Willensentscheidung getrennt wird. Und damit ist er nicht zu hinterfragen. Eine Forderung an die Menschen nach unbedingter Parteilichkeit für die Gesellschaft, in die man ohne eigenes Zutun hineingeworfen ist, wird mit Blut, Genen, Rasse als natürlich-unabänderlich verplausibilisiert.

BLUT SPRACHE KULTUR GESCHICHTE WERTE

was für eine Gemeinschaft?

Wenn Leute sich dazu äußern, was denn nun die nationale Identität ausmache, gibt es eine Bandbreite an Antworten: Blut, Kultur, Werte und Gesehichte. Bei allen Unterschieden, die die Leute in einer Gesellschaft haben – ob reich oder arm, Immobilienbesitzer oder Mieter, Unternehmer oder Lohnarbeiter, Richter oder Gefängnisinsasse – alle sollen eine gemeinsame Identität haben. Diese Identität soll dann weiter unterscheidbar von anderen nationalen Identitäten sein, wo es ausgenscheinlich ja auch reiche oder arme Leute, Immobilienbesitzer oder Mieter usw. gibt. Und letztlich soll die Identität irgendwie eine schwerere Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben haben und nicht etwas Banales aussagen wie »in der Regel haben die Leute zwei Beine«. Die Antworten, worin die nationale Identität bestehen soll, stehen dafür, dass Menschen im gesellschaftlichen Miteinander bei allen Unterschieden einen gemeinsamen Willen hätten. Im Text »Von Schland nach Gauland« wird darauf hingewiesen, dass alle Parteien und Bürger rauf hingewiesen, was die Gemeinschaft auszuzeichnen, sei es Abstammung, Kultur oder Werte, es in der Regel aber gar nicht wichtig finden, die unterschiedlichen Begründungen mal ernsthaft anzusdiskutieren. Und fragt man mal nach, was ›das Deutsche‹ eigentlich sein soll, erhält man entweder ein, zwei halbgeare ›Argumente‹, oder merken, dass man damit etwas in Frage stellt, was doch das Selbstverständlichste in der Welt sein sollte. Man merkt daran: Die Rassisten, die Kulturhineingeworfenen oder die Wertegemeinschaftler wollen gar nicht für eine Gemeinsamkeit, also für ein ›Wir‹ werben. Die Existenz des ›Wir‹ ist immer vorausgesetzt. Mit dem Schwerpunkt auf die AfD und mit Verweisen auf die anderen Parteien, wird in dem Text gezeigt, dass alle Vartanen die nationale Identität zu ›begründen‹ für ein politisches Programm stehen, das auf der einen Seite die ›Deutschen‹ betrifft: Sie sollen die Konkurrenzgesellschaft, die durch einen besonderen Staat gewaltsam zusammengehalten wird und in die sie zufällig qua Geburt hineingeworfen sind, zu ihrem persönlichen Anliegen machen – sich damit identifizieren. Auf der anderen Seite zielt das Programm auf die ›Fremden‹ ab: Sie sollen sich integrieren, also das Ausländische an sich abstreifen, damit sie das, was die Deutschen sollen, nicht dem falschen Staat gegenüber praktizieren.

Blut, Sprache, Kultur, Geschichte, Werte brauchen daher von den Anhängern einer nationalen Identität auch gar nicht ausdiskutiert werden, weil sie nur Platzhalter für dieses politische Programm sind. Dennoch scheint die Bebildung des ›Wir‹ – durch was auch immer – irgendwie wichtig zu sein. Und die Form oder den Schein einer Begründung wahren sie ja. Im Folgenden soll knapp es in der Regel aber gar nicht wichtig finden, die auf diese gängigen Begründungen des ›Wir‹ eingegangen werden, um daran auf eine Gemeinsamkeit hinzuweisen, die bislang noch nicht erläutert wurde: Alle Begründungen postulieren eine Gemeinshaft, aus der selbstverständlich eine Parteilichkeit für diese erwachsen würde, ohne dass dabei Nachdenken und Überprüfen eine Rolle spielt.

Eine Politikerin wie Merkel hält dem entgegen: Ohne die supranationalen Institutionen gibt es keine internationale Ordnung, über die man grundliegende Sachen zu Deutschlands Gunsten weltweit durchsetzen kann. Sie betont die andere Bedeutung von Souveränität: Was nützt es, wenn man jederzeit selbst entscheidet, aber dabei gar nichts Inhaltliches in der Welt durchsetzen kann? Wie Merkel es selber sagt: »Wenn diese Fähigkeit zu Kompromissen verloren geht, dann ist Europa verloren. In diesem Sinne ist auch der Satz zu verstehen, den ich schon des Öfteren gesagt habe: »Scheitert der Euro, scheitert Europa.« (...) ich sage, dass wir damit mittel- und langfristig Schaden nehmen würden. Wir würden Schaden dahingehend nehmen, dass wir kein relevanter Faktor mehr in der Welt wären (...). Wir werden, obwohl wir sowieso schon ein immer kleinerer Teil der Welt werden, nicht mehr die Bedeutung haben, dass wir uns durchsetzen können mit dem, was uns wichtig ist. Deshalb ist der Gedanke eines einigen Europas von so großer Bedeutung.«⁸

Und jetzt?

Alle teilen die Sorge vor einer Regierungsverant-wortung der AfD. Die Verhinderung der Macht-übernahme rechter Standpunkte hätten am ehesten noch die demokratischen Parteien in der Hand, solange sie an der Macht sind. Sie müssten nur ihren Verfassungsschutz ansetzen, Parteien verbieten und Behörden vom rechten Standpunkt säubern. Und Gründe hätten sie ja auch dazu, im-sich dann mit der EU gegen alle anderen Staaten in der Welt, und auch gegen Staaten innerhalb der EU, umso mehr durchsetzen kann.

Für das Ziel ›Durchsetzungsfähigkeit gegen andere Staaten‹ werden die Menschen, über die Merkel gerade regiert und über die die AfD gerne regieren will, von beiden Seiten ordent-lich in Anspruch genommen. Auch in Sachen dominanter Anspruchshaltung gegenüber anderen Staaten nehmen sich die AfD und die aktuelle Re-gierungspolitik nichts – beide streben Machtwort-kommenheit an, die Wege unterscheiden sich.

Wunsch nach Anstand – in einer Gesellschaft vol-ler Konkurrenz und Gegensätze; d) die Bedeutung eines starken Staats nach Innen und nach Außen («*Unser Ziel ist ein souveränes Deutschland*» (AfD), «*Deutschland stark machen*» (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke), «*Wiederherstellung unserer nationalen Handlungsfähigkeit und Souveränität*» (NPD)).

Zudem wollen Demokraten die »Vielfalt« an Standpunkten in der Gesellschaft hinter sich wis-sen und scheuen sich davor, einen nennenswer-ten Teil der auch von ihnen erzeugten national-gesinnten Bevölkerung derart fertig zu machen.

Ein ähnliches Problem hat der Staat bei seinen ei-genen Organen. In der Polizei hält sich der Staat eine ganze Reihe von Staatsbeamten, die nur die Aufgabe hat, die Bürger mit Gewalt an ihre Pflich-ten zu erinnern. Das ist also eine Berufsgruppe, bei der der rechte Standpunkt von berufswegen zu Hause ist: Ihr Ideal ist mit Überwachung, Festnah-me, Strafzuvführung für mehr Anstand zu sorgen bei den Bürgern. Die Kriminalität gibt es immer, so dass sich bei vielen der Standpunkt durchsetzt, dass es von Natur aus Unanständige gäbe, die sowieso nicht zum gesellschaftlichen Miteinan-der passen und denen man mit aller Gewalt eins-draufhauen müsste, um damit die wirklich Anstän-digen zu schützen. »Sauberekeit, Ordnung, Sicher-heit« – das haben die Rechten im Programm und macht sie für Polizisten attraktiv. Leute beim Mi-litär sind ebenfalls für den rechten Standpunkt of-fen, wenn sie das »Lebensrisikeren für die Nation« für sinnvoll halten und eine rechte Partei dann genau eine sehr hohe Opferbereitschaft von allen Bürgern verlangt.

Da müssen die demokratischen Kräfte ganz schön hart an der eigenen Machtsäule sägen, wenn es um den konsequenten Machtkampf gegen Rechts ginge. Ihnen ist die Symbose von Volk und Rechts derart wichtig, dass sie eher einer Machter-Elsterwerda am 02.06.2016: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zum-nachlassen-gaulands-rede-im-wortlaut-14269861.html>; eingesehen am 20.02.2019

Siehe <https://afd-hl.de/wp-content/uploads/sites/20/2018/06/Rentenpapier.pdf>; eingesehen am 19.09.2018

Linke Antifaschisten wiederum suchen Bünd-nisse mit den anderen demokratischen Kräften, um rechte Standpunkte und die AfD zurückzu-drängen. Dabei müssen feststellen, dass sie dann im Zweifelsfall dabei doch nicht gerne gesehen werden. Zumindest wenn sie nicht darauf verzich-ten wollen, die demokratisch verordnete Armut und die Sortierung von In- und Ausländer zu kri-tisieren. Auch die Kritik an schärferen Sicherheits-gesetzen, die von den demokratischen Parteien durchgezogen werden, macht sie eher verdächtig, am Ende gar Gegner einer starken Staatsmacht zu sein, welche doch alle Parteien anstreben.

Wenn die Antifas dann auch noch Gewalt ge-gen Nazis anwenden, und sei es nur zum Schutz der von den Nazis ausgemachten »Fremden«, dann bekommen sie den Extremismusvorwurf und ste-hen dann laut demokratischem Verständnis auf einer Stufe mit den Nazis.

Fällig ist also keine Volksfront, sondern eine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und den Gründen, warum Leute da mitmachen.

7 August 2018 <https://www.pressportal.de/pm/130241/4027116>; eingesehen am 26.09.2018.

8 Rede von Merkel auf dem Festakt zum 70-jährigen Bestehen der CDU, 29.06.2015. Zitiert nach: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumen-te/broschuere-rede-merkel-70-jahre-cdu.pdf?file=1&type=file&collection_itemid=2387; eingesehen am 30.09.2016

9 In dem Hauptartikel der Süddeutschen Zeitung vom 10./11.09.2016, S.1: »Familie der Zukunft«

10 August 2018 <https://www.pressportal.de/pm/130241/4027116>; eingesehen am 26.09.2018.

11 Rede von Merkel auf dem Festakt zum 70-jährigen Bestehen der CDU, 29.06.2015. Zitiert nach: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumen-te/broschuere-rede-merkel-70-jahre-cdu.pdf?file=1&type=file&collection_itemid=2387; eingesehen am 30.09.2016

Für die Volks- gemeinschaft unverzichtbar: Staatliche Souveränität...

...nach Innen:
Law & Order

Als Bewegung praktizieren sie dieses Volksretungsprogramm, wenn sie der Willkommenskulturtungsprogramm, wenn sie der Willkommenskulturtungsprogramm, wenn sie der Willkommenskulturtungsprogramm im Staat. Ihr Ideal der Volksgemeinschafterlangt die rücksichtslose Gewalt des Staates, der ohne Fesseln auf diejenigen, die bei ihrem Programm nicht mitmachen sollen (sogenannte Fremde) oder wollen (sogenannte verstrifte 68er), mit aller Gewalt drauthaut. Das ist der Dienst am Volk, den sie jetzt für nötig halten. Im AfD-Programm liest sich das etwa so:

«DieAfD fordert daher einen »sicherheitspolitischen Befreiungsschlag, um den Schutz der Bürger an erste Stelle zu setzen. Andere Belange haben sich dem Unterzuordnen. Wir wollen einen klaren Systemwechsel hin zu Behörden, die zum maximalen Schutz der Bürger in der Lage sind: Ausländerbehörden, Polizei und Strafverfolgung.«(Grundsatzprogramm der AfD, S. 24)

Rechtsstaatliche Abwägungen haben zurückzustehen. Mildernde Umstände oder Abwägungen, dass mehr direkte Gewalt noch mehr gesellschaftliche Probleme hervorruft, sind beiseite zu wischen – auf Geflüchtete muss man notfalls an der Grenze einfach schießen. Der Staat muss dem anständigen Bürger mit absolutem Vorrang so dienen, dass er mit aller Gewalt auf die Unanständigen drauthaut. Die Volksgemeinschaft als Souverän der Gesellschaft ist der Ausgangspunkt der rechten politischen Gestaltung. Und man könnte ja bei Gemeinschaft an etwas wie Harmonie oder An-einem-Strang-ziehen denken. Wenn man es so nimmt, dann kommt am Ende bei den Rechten sehr deutlich raus: Harmonie ist, wenn alle auf die Pflicht festgelegt werden. Allgemeiner Unterwerfung ist die Quelle der Harmonie. So kommt bei den Rechten die Law & Order-Politik zu Stande, und deswegen ist sie für sie wichtig. Weiter war der Ausgangspunkt der rechten Gestaltung die vorstaatliche Gemeinschaft der Deutschen. Hier wird jetzt sehr anschaulich: Für die Rechten gibt es die Volksgemeinschaft nur durch einen rücksichtslos staatlische Gewalt. Damit kommen sie dem objektiven Verhältnis sehr nahe: Das Kollektiv Deutsche gibt es nur durch die Gewalt. Und wenn die Deutschen sich dann auch noch positiv mit dem »Gemeinwesen« identifizieren, dann hat das auch die Gewalt des Staates zur Grundlage.

Für die Rechten ist Merkel eine Diktatorin, weil sie nicht dem Volk diene, sondern sich ihr Volk aussuche. Fremdenföndlichkeit ist für sie die erste Bürgerpflicht, wo der Staat doch dabei ist, das Volk zu zerstören. Von den Deutschen fordern die Rechten ein ungebrochenes positives Bekenntnis zur Nation, Hingabe und Opferbereitschaft.

...und nach Außen:
Machtvollkommenheit!

Für einen rechten Staatsbürger ist die rücksichtslose Staatsgewalt neben der gelebten patriotischen Volksgemeinschaft die zweite prinzipielle Quelle des eigenen Lebens. Objektiv hat der souveräne Gebrauch der Gewalt vor allem an den anderen Staaten seine Schranke. Daher ist neben der »Ausländerfrage« das Thema internationale Souveränität das Herzstück der Rechten. Bei Gauland hört sich das so an:

«Liebe Freunde, unser Staat, unser Nationalstaat ist das Gefäß, in dem sich innere und äußere Sicherheit verwirklichen oder jedenfalls verwirklichen sollen. Alle Versuche, den Nationalstaat in Europa zu ersetzen durch die Konstruktion Europa, ist schiefgegangen. Und ein freidemokratischer Politiker aus der alten Bundesrepublik, Ralf Dahrendorf, hat mal zu recht gesagt: Die Selbstbestimmung eines Volkes verwirklicht sich in seinem Nationalstaat und nur da und nirgendwo sonst. Und wenn uns die Parteien, die heute im Bundestag vertreten sind, diesen Nationalstaat nehmen wollen, dann nehmen sie uns unser Selbstbestimmungsrecht, sie nehmen uns unsere Zukunft, unsere Kraft zum Leben, und wir müssen mit allen Kräften dagegen mobil machen.«(Gauland)

Für rechte Bürger oder Politiker ergibt sich aus ihrem eigenen politischen Programm ein Drangsal: Sie wollen die völlige Unterordnung der Bürger unter den Staat und machen mit diesem Programm gegen die aktuelle Staatsregierung mobil. Rechtsstreue, Gefolgschaft, Opferbereitschaft gelten ihnen als Tugend und zugleich propagieren sie den Widerstand.

Zur Regida Dresden sagt Björn Höcke: »Euch Dresdenern, euch Patrioten aus Sachsen gebührt das große Verdienst, und dieses große Verdienst nimmt euch niemand mehr. Es ist ein historisches Verdienst, den ersten Schritt getan zu haben. Den ersten Schritt, der notwendig war, der der Lage geschuldet war, in einer Bewegung, die eine inhaltliche Fundamentopposition darstellt. Und dieser erste Schritt hin zur Tat ist gerade für uns Bürger doch so schwer, weil er sich, dieser Bürger – und so empfindet er es zumindest in seinem Inneren, und auch das habe ich immer wieder in vielen Gesprächen gespürt, die ich geführt habe in den letzten Monaten und Jahren – weil er sich im Innersten glaubt, gegen seinen Staat, gegen den Staat, den er doch maßgeblich trägt und den er grundsätzlich befürwortet, stellen muss. (...) Wir sagen ja, nicht zur strukturellen Fundamentopposition, leben erhalten und wir wollen ihn stützen. Wir sagen aber ja zu einer inhaltlichen Fundamentopposition um diesen Staat, den wir erhalten wollen, vor den verbrauchten politischen Altfeliten zu schützen, die ihn nur missbrauchen um ihn abzuschaffen! Das werden wir nicht zulassen, liebe Freunde!« (Höcke, Rede 17.01.2017 Transkript auf <https://pastebin.com/!Qujwe89>; gefunden am 14.05.2018)

Getreu dem Motto »Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht«, rufen sie dazu auf, nicht bei dem aktuellen Staatsprogramm mitzumachen, ja, ggf. sogar zivilen Widerstand zu praktizieren, damit am Ende ein Staatswesen rauskommt, das jeden Ungehorsam niedermacht.

Staat jederzeit mit eigener Machtvollkommenheit begegnen können. So sehen das die Rechten.

Dienst an der Freiheit des Bürgers. Die AfD erlaubt sich das Programm zur allgemeinen Pflichterfüllung als Dienst an der Freiheit des Einzelnen darzustellen:

Rücksicht auf Ausländer oder sonstige Fremden nehmen – und sei es nur im Sprachgebrauch (etwa Sinti und Roma sagen sollen statt Zigeuner) – sei eine einzige Freiheitseraubung; ebenso die Forderung an Männer nach mehr Rücksicht beim Flirten und in der Heterosexualität. Umwelt- und Klimaschutz? Eine Masche der 68er um das Volk schwach zu machen und eine Zerstörung der Lebensidentität durch die Beeinträchtigung von Lebensgewohnheiten.

Die Lebensgewohnheiten, die dabei das Volk angeblich hätte, ziehen sich dann durch als diejenigen, die nicht durch die 68er versiffi seien – also in etwa das, was in den 50er und 60ern üblich war. Widersprüche bleiben dabei nicht aus, etwa wenn gegen Muslime gewertet wird, weil die ja angeblich alle die Homosexualität bekämpfen würden. Die Ablehnung von Homosexualität und die Sorge um das alltägliche Leben von Homosexuellen vertagen sich derzeit weitestgehend in der AfD, weil die Rechten wechselseitig erkennen, worum es allen im Prinzip geht: Gegen Fremdes und eine verpflichtende geistig moralische Wende im Innern zur Wiederherstellung eines intakten Wits.

Die AfD verteidigt die Freiheit des gesunden Menschenverstandes des kleinen Mannes, und der liegt bei der AfD dann vor, wenn die Leute so leben wollen, wie sie es (angeblich) gewohnt seien: Tren und dienstbflissen sein dürfen gegenüber einer Obrigkeit, die tren zum Volk hält, indem sie alle zur Pflicht anhält. So schließt sich die liberale Agitation mit dem Pflichtprogramm des rechten Standpunktes zusammen.

Bei Hitler, der das Deutsche über das Ariersein definiert hat, kann man sich nochmal vergegenwärtigen, was letztlich der Inhalt des tollen Privilegs ist, deutsch zu sein:

« *Der Arier ist nicht in seinen geistigen Eigenschaften an sich am größten, sondern in dem Ausmaß der Bereitwilligkeit, alle Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Der Selbsterhaltungstrieb hat bei ihm die edelste Form erreicht, indem er das eigene Leben der Gesamtheit bereitwillig unterordnet und, wenn die Stunde es erfordert, auch zum Opfer bringt. („) In der Hinabgabe des eigenen Lebens für die Existenz der Gemeinschaft liegt die Krönung allen Opfersinns. «* (Hitler, Mein Kampf, 1934, S. 326f.)

leuchtend und haben es ihm durchs Mitmachen gedankt.

Für die derzeitige Bundesregierung ist so ein Standpunkt

freilich absurd. Fällige Opfer der Existenz und Ehrenbekundungen kennt sie auch, aber das sollten besser Berufssoldaten sein, weil die für das Ziel, militärische Einsätze mit dem entsprechenden modernen Gerät auch erfolgreich abzuschließen, besser geeignet sind. Unterhalb der Hingabe des Lebens für die Gemeinschaft wiederum findet die Bundesregierung den Standpunkt absurd, weil sie nicht einseht, warum Ausländer nicht genauso gut für die Gemeinschaft Opfer bringen könnten. Die FAZ berichtet:

« *Shenouda Ghaly hat in Ägypten eine Ausbildung zum Automechaniker absolviert. Nun steht er an der Hebebühne der Werkstatt Lundt in Berlin-Zehlendorf und lernt das Ganze noch mal auf Deutsch. Ein roter Porsche hat ein Problem. Ghaly kümmert sich darum. Seine Chefin berichtet begeistert: » Er ist nie krank, kommt auch mit Schnupfen, hochmotiviert.« Aneette Widmann-Mauz, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, lächelt. Ghaly eignet sich perfekt für ihre Initiative »Integration jetzt« zu werben. » Wir müssen Menschen stark machen, die unser Land stark machen.«* (FAZ, 01.10.2018, S. 2)

Tja, da lässt sich gut Lachen. Kein Wort zum Thema Lohn, also ob der Mensch auch irgendwie gut Leben kann, kein Wort zum Thema Arbeitsleistung, wie die auslaugt und den Körper ruiniert. Im Gegenteil: Dass der Mensch sich selbst krank zur Arbeit schleppt, gefällt der Chefin genauso wie der Regierungsbeauftragten. Das macht tatsächlich das Land stark, den Arbeiter aber kaputt.

Wiedereinführung der Wehrpflicht

Für die Wiedereinführung der Wehrpflicht hat die AfD so einige Gründe. Nicht zu übersehen ist, dass sie sich dabei einen guten Erziehungseffekt fürs Volk verspricht:

«*Unsere jungen Frauen und Männer würden als Staatsbürger in Uniform einen Pflichtdienst für ihr Vaterland tun („)«* (Gauland?)

Was will die AfD damit? Zum Ersten, dass sich die Bürger mit dem Staat identifizieren. Zum Zweiten, dass jeder einmal pur eine Pflicht fürs Vaterland erfüllt.

Als Zwischenschritt kann man festhalten: Die deutsche Identität ist ein Anspruch, den Rechte an die Leute haben. Und für diejenigen, deren tatsächlich Platz in der Gesellschaft ein lebenslanges aufopferungsvoller Dienst an Kapital und Staat ist, ist dies ein einziger Angriff auf ihr Leben.

Gegängelt und bevormundet - der Kampf der AfD für den freien Bürger

Mit ihrem politischen Pflichtprogramm hat die AfD ein antiliberales Programm. Zugleich präsentiert sie sich nicht einfach nur als moralisierende in der Gesellschaft weite Position. Sie führt die Überlegenheit. So führt die AfD dann den in der bürgerlichen Gesellschaft weit verbreiteten Fehler fort, nach dem die Position in der Gesellschaft (Professor oder einfacher Arbeiter) einen Rückschluss auf die tolle Personlichkeit des Positionsinhabers zulasse (Erfolgstyp oder Versager).

Die »Inks-grün-versiffen 68er« sind dabei, das deutsche Volk kaputt zu machen, und zu den 68ern wird auch Merkel gezählt. In diesem Sinne werden die Bürger aufgefordert, sich den Toleranz- und Rücksichtsgeboten der Regierungspolitik entgegenzustellen. Die AfD präsentiert sich als Kraft, diesem Treiben mit staatlicher Macht entgegenzuwirken, sollten sie gewählt werden. Doppelt wird dies dem Bürger angedrosen: Einmal als Rettung von Volk und Staat, was sich jeder pflichtbewusste gute Deutsche nur wünschen könne. Zugleich als

auf das nationale Wohl hin orientierten Politik. Als wenn die etablierten Parteien verhindern wollen, dass ja irgendeinem in der Gesellschaft auf den vorgesehenen Scheiß-Plätzen in der durch das Kapital geschaffenen Berufshierarchie Lande.

Mit dieser Fehlinterpretation der herkömmlichen Regierungspolitik fordert die AfD: »*Gleichberechtigung muss wieder Chancengleichheit bedeuten*« (Grundsatzprogramm der AfD, S. 55). Die Konkurrenz um Arbeitsplätze, die das Kapital nach seinen Profitrechnungen gestaltet, wird schon die Leistungsträger der Nation nach oben spülen und die Anderen da hin packen, wo sie hingehören. Zugleich diskutiert sie die Rahmenbedingungen der Konkurrenz als Lehrmaterial für das rechte Bewusstsein der Bürger: Das Volk und damit Deutschland funktionieren nur, wenn jeder sich auch mit seinen ererbten Nachteilen nicht zu wichtig macht, sondern für das Höhere zurücksteckt. Nachteile zu erliden muss ein guter Deutscher nicht nur aushalten, er hat für die AfD glatte ein Recht darauf:

«*Wir befrworten uneingeschänkt das Leistungsprinzip. Schüler haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren.*« (Grundsatzprogramm der AfD, S. 53). Und überhaupt zeige im Zweifelsfall das Ergebnis der Auslese in der Konkurrenz überhaupt an, wer welche Fähigkeiten von Natur aus habe: Wenn dabei mehr Männer irgendwo auf den höheren Posten landen, dann zeige das eben deren natürliche Überlegenheit. So führt die AfD mit ihrem politischen Pflichtprogramm hat die

Deutschsein = Verpflichtung auf die Gemeinschaft

landet oder den nicht so attraktiven Weg einer durchgängigen kriminellen Existenz einschlägt, dem bleibt ja nichts anderes übrig, als sich in den ökonomischen Rollen Lohnarbeiter und wirklichen Eigentümern (Unternehmer, Vermietler) zurechtzufinden. Und dann ist man eben auf den Staat angewiesen und wird durch ihn durch seine Maßnahmen laufend betroffen gemacht. (Dagegen wäre es klug, sich mal Rechenschaft darüber abzulegen, was der Inhalt der Chancen in der bürgerlichen Gesellschaft ist und ob das wirklich ein Beitrag zu einem guten Leben ist.)

Dieser zynische Gedanke enthält zwei Seiten: Die eine Seite betont das individuelle Glücksstreben und wirbt dafür, dass man sich deswegen für die gesellschaftliche Grundlage einsetzt, ja sich für sie auch mal zurücknehmen müsse. Und dann geht die Argumentation von diesem Ende wieder zurück, was die zweite Seite ausmacht. Sie betont das Funktionieren der Gesellschaft und betrachtet einfach von einer deutschen Mutter geboren zu sein und einen deutschen Pass zu haben, das soll auch nicht reichen. Rechte Standpunkte wie der der AfD verlangen ein Plus an Wille und Beitrag zur Volksgemeinschaft. Sie meinen, die Gemeinschaft funktioniere nur, wenn alle Angehörigen dazu beitragen und sich in ihrem individuellen Glücksstreben auch zurücknehmen: die Gemeinschaft würde allen was bringen, aber auch nur dann, wenn man sich unterordnet und anpasst.

Die Frage ist, was an diesem Anspruch an Deutsche spezifisch für den rechten Standpunkt ist und was nicht. Dass man als Einzelner von der Gesellschaft für den rechten Standpunkt *und Solidarität* (Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt 2016, S. 30 f.)

Hier wird offen die Funktion ausgesprochen, die sich die Rechten von der Identifikation mit dem Volk und der Gesellschaft versprechen: Ihre Gemeinschaft braucht vom Einzelnen auch Hingabe ohne Berechnung auf individuelle materielle Vorteile, und mit der »Treu« ist im altertümlichen Sprech gesagt, dass man auch dann gehorcht, wenn es einem nicht passt.

Dieser Betonungsunterschied hat dann eine Konsequenz in der Auffassung, was eine gute Regierpolitik ausmache. Alle Parteien behaupten, dass der Staat Auftragnehmer einer vorab existierenden Gemeinschaft namens »Volk« ist oder zu sein hat – von rechts bis links. Mit seiner Gewalt und seinen Institutionen soll er die große Einheit gedachte Sache hüten und pflegen – auch wenn sie das Wort »Volksgemeinschaft« mit seinem historischen Beiklang lieber nicht verwenden. Mit diesem breit geteilten Gedanken als Grundlage kommt die AfD allerdings zu einer abweichenden Diagnose. Aus ihrer Sicht verständigen sich die herrschenden »Machteliten« aktuell daran, dem Volk zu dienen. Das Ideal ist die gelingende Symbose von oben und unten – und die steckt für die AfD gerade in der Krise. Die Regierung erlaube viel zu viel Liberalität anstatt die Menschen an die Pflicht zu erinnern, die es für die Gemeinschaft brauche. Sie zerstöre grundlegende Werte und unterminiert damit die Landesidentität:

dazu fest: »Überhaupt sollte man sich nicht täuschen lassen. Das Prinzip, dass Verantwortung wichtiger ist als Gene, bietet zwar einen guten Lösungsansatz für viele Konstellationen. Dennoch gilt: Die biologische Elternschaft ist prägendes Element einer sozialen Beziehung. Das genetische Band stärkt das Verantwortungsgefühl.« Die leibliche Vater- und Mutter-schaft soll eine noch tiefere Bindung und damit das Pflichtgefühl garantieren. Die AfD hält angesichts dieses Vorteils alternative Lösungsansätze einfach für gar keine – und Frauen sollen vor allem (auch) in ihrer Rolle als Mütter und Hausfrauen anerkannt und dazu angehalten werden, solche zu werden. Feministinnen würden zu sehr den beruflichen Erfolg von Frauen betonen. Und dabei würden sie nur an sich denken, anstatt an höhere Pflichten wie das Kinderkrügen und eine eng umsorgende Begleitung der Kinder in die Leistungs- und Volksgemeinschaft.

«Wir befürworten uneingeschränkt das Leistungsprinzip» (Grundsatzprogramm der AfD, S. 53)

Die Familie ist nicht nur für die AfD, aber für sie wörtlich die »Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft« (Grundsatzprogramm der AfD, S. 40). Aus der Keimzelle sollen auch *biologisch* neue Mitglieder ebenfalls. Dass aber gäht andere Kriterien (soziale Herkunft, Geschlecht etc.) als die pure Dienstwilligkeit, d. h. Leistungsbereitschaft und die aktuell vom Kapital ökonomisch brauchbaren Fähigkeiten, auf dem Boxkampf durch die Karriereleiter allein die Darstellung im Schulunterricht, dass es homosexuelle Lebensgemeinschaften und transidentitäre Menschen *gibt* ist für die AfD ein Angriff auf die traditionellen Rollen in der Familie, die sie zu zerstören droht. Diese Identitätspolitik von rechts unterstellt die Abweichungen als ein verlockendes Angebot, auf das zarte Kinderseelen viel zu leicht eingehen – und sich als Erwachsene dem Dienst der Nachwuchsproduktion entziehen könnten.

Auch die anderen Parteien behandeln Liebe, Sex und Zärtlichkeit nicht als reine Privatsache, haben sich aber z. B. in langen Jahren überzeugen lassen, dass auch Homosexuelle gute Staatsbürger erziehen können. Nicht nur die AfD bezweifelt dabei, ob man bei der Nachwuchsproduktion von guten Bürgern auf die zweifache Blutbande verzichten könne. Die Süddeutsche Zeitung hält

Feminismus und die «laute Minderheit» sexueller Abweichler bedrohen die Familie

Das es oben und unten in der Gesellschaft gibt, das ist bei allen deutschen Parteien abgehackt. Dass es oben und unten in der Gesellschaft gibt, dass bei der Verteilung der Menschen auf die gesellschaftlichen Stufen Prekarität, einfacher Arbeit, Mittelschicht und Reiche die Menschen gegeneinander kämpfen, also konkurrieren sollen, ebenfals. Dass aber gäht andere Kriterien (soziale Herkunft, Geschlecht etc.) als die pure Dienstwilligkeit, d. h. Leistungsbereitschaft und die aktuell vom Kapital ökonomisch brauchbaren Fähigkeiten, auf dem Boxkampf durch die Karriereleiter eine Rolle spielen, halten die meisten Parteien für einen Mangel. Da geht der Nation Potenzial verloren. Unterstellt wird, dass der Karriereleiterkurrenzkampf von Schule bis Job eigentlich die Fähigkeiten dahin bringt, wo sie hingehören, leider aber Verzerrungen straffenden, die eventuell auch sehr fähige potentielle Leistungsträger von vorn herein ausschließt. Dagegen wird Politik gemacht, und unter dem Ideal der Gerechtigkeit wird mit Quoten und Sonderförderungen ein Nachteilsausgleich geschaffen.

Die AfD interpretiert diese Regierungspolitik irritierende als Unterstützung von schwächeren Gesellschaftsmitgliedern aus altruistischem Menschentum. Wo die etablierten Parteien eigene nationale ökonomische Rechnung aufma-

Der Streit der Parteien: Einigkeit im Zweck, aber nicht in den Mitteln

Die Verwandlung politischer Kämpfe in Kulturkämpfe

«My Country, Right or Wrong!» – dieses unbedingte Bekenntnis zu einer Gesellschaft, die nur in ihrer Unterwerfung unter eine bestimmte den nationalen, in Geld bemessenen Reichtum zu steigern. Weil andere Staaten dasselbe Ziel haben, gibt es laufend Gegensätze zwischen den Staaten. Darüber kommt es zu Über- und Unterordnungsfragen, bis hin zu Kriegen und auch zu Bündnissen (wie der EU), um sich damit gegenüber mächtigen Staaten durchzusetzen. Für diese Aktionen gegenüber anderen Staaten nimmt der deutsche Staat seine Gesellschaft in die Pflicht. Um sich die Loyalität der Bürger für die aktuelle Außenpolitik zu sichern, streut die Politik anlassbezogen die Skepsis gegenüber bestimmten Staaten und den aus ihnen stammenden Ausländern, ebenso, wie sie die Debatte um die richtige Dosis Welttoffenheit lostritt.

Die AfD-Auslegung von Loyalität und davon, wie Loyalität nur entstehen soll und kann, ist der Grund für eine andere Weltanschauung: Das Volk kämpfe um Selbsterhalt gegen andere Völker, und wenn Staaten sich in die Haare kriegen, dann drücke das nur eben diesen Kampf um den Selbsterhalt der Völker aus. Für Rechte können Völker oder einzelne Angehörige dieser Völker eigentlich nicht zusammenleben, weil sie ja schon vorstaatlich auf Kampf gegeneinander programmiert seien. So untermindert für Rechte die pure Existenz von Ausländern oder Fremden das eigene Lebensmittel – Volksidentität. Der rechte Standpunkt kommt also vom demokratisch normalen Betrieb her: Deutschland jetzt auf der Straße und im Bundesrat sei sein Kampf um die richtige Identität des deutschen Volkes. Die Regierung fordert Toleranz als Wert, den ein anständiger Deutscher auszeichnet. Das ist das Gegenteil einer Kritik an Skepsis gegenüber Fremden oder Ausländern. Man soll «Fremdes» aushalten (und das schließt ja ein, dass es da Stören des gäbe) und der Regierung sowohl die Sortierung von In- und Ausländern, als auch die Scheidung von Integrationsfähigen und Integrationsunwilligen überlassen. Die AfD, Pegida und andere rechte Organisationen machen gegen dieses politische Programm mobil und sehen darin aus ihren bereits erklärten Gründen den Untergang des Volkes und damit auch des Staates.

«Diese Frau, die bis jetzt in der Flüchtlingspolitik außer einem windigen Abkommen mit einem östlichen Potentaten nichts zustande gebracht hat, beschimpft auf übelste Weise die Balkanstaaten und die Österreicher, die das einzige gemacht haben, was uns wirklich geholfen hat. Sie haben die Balkanroute gesperrt gegen den Protest von Frau Merkel, die am liebsten den Zuzug unkontrolliert weiter gehabt hätte und heute diese Staaten dafür verantwortlich machen, dass sie diesen, das nicht wollen. Nur, Frau Merkel:

Diese Staaten hatten schon mal eine türkische Besatzung, zweihundert Jahre, und die wissen, was Fremdherrschaft bedeutet.»(Gauland)

Freilich, dieser Zusammenhang von geschundenen Geflüchteten auf der Balkanroute und der Politik des osmanischen Reiches im 16. Jahrhundert ist völlig irreführend, wie so viele Beispiele aus der rechten Ecke. Es gibt aber eine Logik in solchen Konstruktionen, die bei nicht wenigen Menschen Anklang findet: Die Anwesenheit von Fremden im Lande sorgt für den Untergang einer Staatsgewalt, die man sein Eigenes nennen kann, weil sie zu einem geordneten Zusammenleben einfach nicht passen würden. «Fremdherrschaft» durch einen anderen Staat ist da das extreme Bedrohungsszenario für die Rechten. «Fremdherrschaft» droht für sie zugleich durch eine angebliche kulturelle Verschiebung in der Bevölkerung. Der Untergang des Abendlandes durch den Islam ohne dass die Staaten aufhören zu existieren, ist für sie das Gleiche, als wenn ein anderer Staat auf derzeit deutschen Gebiet die Herrschaft übernehmen würde:

«Die Ideologie des Multikulturalismus, die im portierte kulturelle Strömungen auf geschichtsbildende Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit.» (Grundsatzprogramm der AfD, 30.04.2016, S. 47)

Die westliche Staatenwelt hat es in ihrem Bestreben, den Nahen Osten entsprechend ihrer (diversen) Interessen zu ordnen, mit folgendem Feind zu tun: dem über den Islam inspirierten politischen Kampf von Al Qaaida oder dem IS. Anschläge an der Heimatfront stören die westlichen Staaten beim freien Kriegeführen in Afghanistan, Irak oder Mali. In diesem Zusammenhang ist der Islam bzw. sind Menschen, die dem muslimischen Glauben anhängen und im Westen leben bzw. leben wollen, in das Verdachtstraster einer fünften Kolonne geraten. Die Anstrengungen zur Integration der Bundesregierung zielen in diesem Zusammenhang darauf ab, muslimische Menschen in Deutschland auf die Loyalität zu Deutschland zu verpflichten und sie dabei zugleich für die Beobachtung der Glaubensbrüder einzuspannen.

Le-

ben wollen, in das Verdachtstraster einer fünften Kolonne geraten. Die Anstrengungen zur Integration der Bundesregierung zielen in diesem Zusammenhang darauf ab, muslimische Menschen in Deutschland auf die Loyalität zu Deutschland zu verpflichten und sie dabei zugleich für die Beobachtung der Glaubensbrüder einzuspannen.

Fremden- feindlichkeit

Wann wird ein ›Fremder‹ recht deutsch?

»Man wird nicht dadurch Deutscher, dass man über die Grenze geht und einen deutschen Pass bekommt. Das ist natürlich Unsinn. Aber ich will auch gern zu- geben: Man ist nicht nur Deutscher, weil man von ei- ner deutschen Mutter geboren wurde. Das ist ja das, was uns manche vorwerfen. Ja, es gibt ein *Deutschsein* auch durch *Einwanderung*. Durch *Anpassung*. Durch *Annehmen unserer Kultur*. Durch *Annehmen unserer Traditionen*. Durch *ein Leben mit uns und die Aner- kennnis*, dass die *deutsche Leitkultur die entschei- dende Kultur in diesen Lande ist und alles andere sich unterzuordnen hat* (–). *Es ist mir nicht egal, ob einer dunkel- oder hellhäutig ist. Es ist mir nicht egal, wie er mit un- seren Traditionen, mit unserer Kultur und mit unserer Sprache umgeht. Wenn er sich einfügt in dieses Land, wenn er die Traditionen lebt, wenn er das macht, was sogar manchmal Deutschen schmerzt: unsere Spra- che zu beherrschen, unsere Literatur zu lesen, ist er als Deutscher willkommen.*« (Gauland)

Insgesamt geht es bei Demokraten und bei Rech- ten in der Integrationsdebatte um die Frage, was ein Ausländer oder ein Nachkomme eines Auslän- ders tun muss, um ein richtiger deutscher Bürger zu werden. Und keine Partei sagt dazu: Tja, ein Ausländer muss halt den gerade gültigen Einbür- gerungskriterien des Staates entsprechen, dann verleiht der Staat die Staatsbürgerschaft, fertig. Mit der Passvergabe ist es nicht getan. Mehr ist gefordert, um ein echter, guter Deutscher zu sein. In allen Varianten, die da von AfD bis Linkspartei angeboten werden, geht es darum, dass der Aus- länder das Ausländische an sich abzustreifen hat. Gemeinsam ist allen deutschen Parteien die Sorge um die Loyalität, was Merkel mal so ausgedrückt hat: »Von den Türkschstämmigen, die schon lange in Deutschland leben, erwarten wir, dass sie ein hohes Maß an Loyalität zu unserem Land entwickeln.«⁵

Die demokratische Herrschaft beruht auf dem Willen der Untertanen zu ihr. Die Untertanen sol- len die Freiheit, insbesondere die Gewerbefreiheit und freie Berufswahl, die ihnen der Staat gewährt, nutzen. Dabei sollen sie die Gesetze im Großen und Ganzen nicht nur zähnkürischend akzep- tieren, sondern als Chance für sich interpretieren und darin ihr entscheidendes Lebensmittel ent- decken. Sie sollen sich mit der Gesellschaft und dem Staat identifizieren. Dieses Identifizieren nennt sich dann Patriotismus oder wahlweise Na- tionalismus und drückt sich in der Loyalität dem Staat gegenüber aus. Diese Loyalität fällt nicht vom Himmel, und der Staat und die etablierten Parteien tun einiges für die Herstellung dieser Geisteshaltung in der Bevölkerung, angefangen in der Schule, bei der Organisation einer demokra- tischen Öffentlichkeit bis hin zu Wahlen, wo die Bürger immer wieder mit einem Kreuz ihr ›Ja‹ zur demokratischen Herrschaft geben können.

Nun plärgt der Staat bzw. die ihn tragenden Par- teien die Skepsis gegenüber Ausländern und ihren Nachfahren. Das macht er, weil er in Konkurrenz zu anderen Staaten steht und bei den Ausländern davon ausgeht, was er auch bei seinen Bürgern unterstellt bzw. von ihnen verlangt: eine Loyalität zum eigenen Staat.

Bei Ausländern und deren Nachfahren unter- stellt der deutsche Staat, dass die Loyalität sich eben auf einem anderen – ihrem Herkunfts-Staat – richte.

Da sich viele türkschstämmige Menschen in Deutschland auch noch für die Türkei interes- sieren, sich von dortigen Zeitungen die Welt er- klären lassen und nicht wenige dem Präsidenten Erdogan die Daumen drücken, sieht nicht nur die Kanzlerin Integrationsdefizite. Loyalität ist eine Form von Parteinahme, die sich durch ihre Verbindlichkeit auszeichnet. Loyalität zum Staat bzw. dessen Land macht das Dafür-Sein nicht von besonderem Interesse abhängig oder davon, ob alle so. Loyalität ist die *unbedingte Parteinahme* für Deutschland, oder anders ausgedrückt die Un- terordnung aller sonstigen Gesichtspunkte. Und gemäß dieses gemeinsamen Ziels, unterstehen sich die Parteikonzepte, weil sie die Betonung un- terschiedlich setzen.

Das Merkel-Zitat geht weiter so: »*Dafür versu- chen wir, für ihre Anliegen ein offenes Ohr zu haben und sie zu verstehen. Und dafür halten wir auch en- gen Kontakt mit den Migrantenverbänden.*« Ganz klar drückt sie die Mittel-Zweck-Hierarchie aus:

Kalle:
»*Die Vaterlandsliebe wird schon dadurch beeinträchtigt, dass man die lieben soll, die man heiratet, und nicht die heiratet, die man liebt. Warum, ich möchte zuerst eine Auswahl haben: Sagen wir, man zeigt mir ein Stückel Frankreich und ein Fetzen gutes England und ein, zwei Schweizer Berge und was Norwegisches am Meer und dann deut ich drauf und sag: das nehm ich als Vater- land; dann würd ich's auch schätzen. Aber jetzt ist's, wie wenn einer nichts so sehr schätzt wie den Fensterstock, aus dem er einmal herausgefallen ist.*«

Ziffel:
»*Das ist ein zynischer, wurzelloser Standpunkt, der gefällt mir.*«

aus: Bert Brecht - Flüchtlingsgespräche

Für Migrantenverbände will die Regierung auch werden, dann gibt's auch keine Leistungen! CDU bis Linkspartei versuchen durch Angebo- te des Staates, die an Bedingungen geknüpft sind, überhaupt erstmal eine *Parteinahme* zu Deutsch- land hinzubekommen. Das »*unbedingte*« soll dann daraus folgen oder sich dabei ergeben. Die AfD dagegen hebt das »unbedingte« hervor und kommt deswegen zu folgendem Schluss: Dass die Politik in Deutschland auch noch für die Türkei interes- sieren, sich von dortigen Zeitungen die Welt er- klären lassen und nicht wenige dem Präsidenten Erdogan die Daumen drücken, sieht nicht nur die Kanzlerin Integrationsdefizite. Loyalität ist eine Form von Parteinahme, die sich durch ihre Verbindlichkeit auszeichnet. Loyalität zum Staat bzw. dessen Land macht das Dafür-Sein nicht von besonderem Interesse abhängig oder davon, ob alle so. Loyalität ist die *unbedingte Parteinahme* für Deutschland, oder anders ausgedrückt die Un- terordnung aller sonstigen Gesichtspunkte. Die Un- terordnung des gemeinsamen Ziels, unterstehen sich die Parteikonzepte, nur so wird aus einem Ausländer ggf. ein Inländer. Und aus diesem Grunde ist die AfD fremdenfeindlich, und das sehr prinzipiell: Nicht weil sie vor ungewohnten, unbekanntem und neu- en Sachen einfach Angst bekommen; auch Rech- te sind neugierig, mögen ein neues Rezept oder eine neue Musikrichtung schätzen. Für sie ist das Fremde »eine politische Frage, bei der es um die für die Gesellschaft unverzichtbare Parteinahme geht. An welchen Gott man glaubt, Kleidungsstra- gen, Essgewohnheiten, alles wird als Material he- rangezogen, um die Unterordnungsfraße zu disku- tieren. Durch das zur Schau gestellte Bekennnis zur Leitkultur (die selber ein Produkt der Einbil- dung ist und durch ein Hin und Her von Ausgren- zung und Eingemeindung kultureller Praktiken und Gesetzeslagen konstruiert wird), durch die Be- ritschaft, dem alles unterzuordnen, bekennnt man sich zur Volkseinheit. Zirkelhaft fordert dieses Bekennnis das Fernhalten von allem ›Fremden‹, ›andere‹ Moral, Sitten, Gebrauche usw. hier auf der Straße zu sehen, halten die Rechten nicht aus. Die Pflichtverletzung des Staates ist es, dass er das auf seinen Straßen zulässt und dem guten Deut- schen zumutet, das ansehen zu müssen. Sich für die Volkseinheit und -stärke einzusetzen ist die erste Bürgerpflicht und damit zugleich das Bekämpfen des ›Fremden‹, also anderer Volkseinheiten, die sich in der eigenen breit machen.

Der Unterschied

in Sachen

Volksgemeinschaft:

Bei Demokraten selbst-

verständlich unterstellt,

bei der AfD in der Krise

Das ›Wir‹ ist Demokraten wie Rechten verdammt und Rechten ist aber die Stellung, die das ›Wir‹ in Funktionen, man aber natürlich auch noch Din-

den politischen Beiträgen bekommt. Nimmt man das Beispiel Mangel an Kita-Plätzen, zu denen von

vielen Demokraten beispielsweise so argumen-

tiert wird: Wir brauchen mehr Kitaplätze, damit Frauen besser Karriere machen können, trotzdem Kinder bekommen und diese dann entsprechend

auf die Gesellschaft vorbereitet werden. Oder, zum

sie das Thema, an dem sie diverse wirtschaftliche,

soziale und politische Fragen messen. Das Rich-

tige für Deutschland zu tun ist für sie, die Sorge,

Zukunft nichtig sein wird. [...] Wir brauchen eine große

Grundlagenbildung, um Kinder zu befähigen, Dinge

Demokraten ist die Sorge um das Wir-Gefühl und

schungsministerin Karliczek. In solchen Argumen-

rationen steht am Anfang das ›Wir‹. Die Gemein-

schaft wird als Anliegen des Redners und der

Zuhörer ganz selbstverständlich unterstellt, die

Identifikation mit dem ›Wir‹ ganz selbstverständ-

lich angesprochen. Konkrete politische Maßnah-

men werden fast durchgängig in dem Bewusstsein

formuliert, dass sie sich ihre Berechtigung erst

und vor allem dadurch verdienen, dass sie ihren

Nutzen für das Große und Ganze haben. So den-

ken Berufsnationalisten, Interessenvertreter von

Arbeitern wie Unternehmen und auch die ganz

normalen Bürger.

Dieselben gesellschaftlichen Themen tauchen

im rechten Standpunkt ganz anders auf. Nachdem

das jeweilige Thema (z. B. fehlende Kita-Plätze)

angesprochen ist, kommt sofort die Frage, was das

für *das Volk* bedeutet. Die Rechten greifen entwe-

der, wie am Anfang dieses Textes dargestellt, das

jeweilige gesellschaftliche Problem nur auf, um es

sofort in Richtung des Gegensatzes ›Wir‹ vs. ›die

Anderen‹ zu lenken. Etwa so: »Kita-Plätze fehlen,

aber für Flüchtlinge ist Geld da!« Sie vermischen die

gebotene Bevorzugung des Deutschen und dri-

cken aus, dass sich die Politik um das Wichtigste,

nämlich das Wohle des Volkes, dem sie doch zu

diene hätte, gar nicht mehr kümmern – sondern

anderes im Sinn habe. Oder die Rechten nehmen

der Zustand des Bildungssystems ein Beweis da-

für, dass das deutsche Volk zerstört wird. Das ist

Höckes Problem mit dem Bildungssystem, und

nicht, dass die Arbeitskräfte der Zukunft, die es

ausspuckt, ggf. nicht ganz up to date, heißt kon-

Der Grund für diese andere Stellung des ›Wir‹ ist,

kurrenzfähig sind, was die Digitalisierung angeht.

Maßnahmen zur Verbesserung des Großen und

Ganzen vor. Dabei ist unterstellt, dass das Große

trachtung aller möglichen politischen Kontrover-

sen. Die Volksgemeinschaft und ihre Pflege ist für

auf die Gesellschaft vorbereitet werden. Oder, zum

Zustand der Schulen: »Durch die Umwälzungen der

digitalen Welt kann [...] niemand mehr sagen, was in

Pflege und Wiederherstellung der Volksgemein-

schaft als absolut vorrangig zu behandeln. Bei

Demokraten ist die Sorge um das Wir-Gefühl und

die Pflege der Identität der hiesigen Gemeinschaft

ein Punkt neben vielen anderen, um den sich die

Schaft wird als Anliegen des Redners und der

Politik regelmäßige Sinn stiften und kümmern – sei

es bei Weltmeisterschaften, an nationalen Feier-

tagen oder einfach durch den Geschichtsunter-

richt in der Schule. Aber in der Regel setzen die

Demokraten im politischen Alltagsgeschehn das

›Wir‹ als selbstverständlich voraus. Und dann wird

ggf. die Ausländerkecks auch mal hintenange-

stellt, zum Beispiel dann, wenn die Wirtschaft

ausländische Fachkräfte braucht.

Das Jahr 2018: Der Kampf gegen Rechts führt

zur allseitigen Krisendiagnose des ›Wir‹

In dem Maße, wie es der organisierten Rechten gelingt, in Wahlen den

etablierten Parteien Stimmen abzujaagen und darüber größere Demos

zu organisieren, auf denen Bürger die etablierten Politiker schlicht

als Verräter beschimpfen; in dem Maße, wie die Rechten ihrer Fremden-

feindlichkeit Gehör verschaffen, reagieren die etablierten Parteien.

Sie fangen selber an, ständig den Zustand des Wir als pekär zu

beklagen und machen ebenfalls den Übergang, politische ›Sachfragen‹

im Lichte des Wir zu propagieren: Die AfD spalte die Gesellschaft,

heißt es von CSU bis Linkspartei. So sprechen die Parteien die

len mit der Propagierung von Leitkultur, Patriotismus und der

Schlechterstellung von Flüchtlingen die rechten Wähler wieder zu sich

holen. Die SPD versucht mit sozialen Themen die Einheit des Volkes

wiederherzustellen. Die Grünen wollen die Rechten aus der Einheit

ausgrenzen, marginalisieren und die Einheit darüber festigen. Wo sie in

der Regierungsverantwortung sind, sind sie aber auch für die eine oder

andere demonstrative Schlechterstellung von Flüchtlingen zu haben.

So hatte man 2018 in Deutschland ein Festival des Nationalismus. Das

›Wir‹ steckt für alle Parteien in der Krise, wechselseitig machen

sich die Parteien dafür verantwortlich, und alle sind auf ihre Weise

darum bemüht, die Einheit wiederherzustellen.

Der Unterschied zwischen dem rechten Standpunkt und den demokra-

tischen Parteien nimmt nun folgenden Charakter an: Letztere suchen

das Volk zu einen, damit man dann endlich wieder zur Sachpolitik

übergehen kann; also die Bürger wieder selbstverständlich als ›Wir‹ an-

sprechen kann und sie der Staatsräson im Großen und Ganzen folgen.

Für die AfD ist dagegen das ›Wir‹ durch die Staatsräson in einen

Krisenzustand gebracht worden. Ihr politisches Programm zielt darauf

ab, die staatliche Macht zu erobern und damit die in ihren Augen

destruktive Politik zu beenden. Die Einheit des Volkes wäre für sie damit

aber gar nicht hergestellt, sie muss im vorstaatlichen widerhergestellt

werden und dafür braucht es eine geistig-moralische Wende in

der Gesellschaft. Ist der rechte Standpunkt an der Macht – und das

kann man derzeit bei Trump et al. beobachten – dann beansprucht er

das Volk zu vertreten bei gleichzeitiger andauernder feindselig

Agitation gegen ansehnliche Anteile der Bevölkerung. Die Einheit des

Volkes wäre also für die AfD mit der erlangten Macht erst noch herzu-

stellen. Diese willentliche Einheit ist ein besonderer Anspruch gegen-

über Fremden wie Deutschen – der hier im Text noch entwickelt wird.

Gewinne zu machen, dann müssen sie eben das machen, was sie sowieso wollen; wenn Arbeiter in die Pflicht genommen werden, die Nation stark zu machen, dann sollen sie arm und ehrlich bleiben und Opfer für die Arbeitsschicht bringen. Das schließt nicht aus, dass sich rechte Politiker gegen eine Verelendung von Deutschen z. B. im Alter einsetzen. Wer 45 Jahre lang brav für die Nation (d. h. im wesentlichen für Kapital und Staat) gearbeitet hat, der soll am Lebensabend nicht Flaschen sammeln müssen. So heißt denn der Titel der AfD Thüringen-Fraktion zum Thema Rente »Wert-schätzung«, und dass hier der Fleiß, der Dienst, die Opfer durch eine erhöhte Grundversicherung marteil geehrt werden sollen, wird in dem Papier deutlich? Ein anderes Konzept in der AfD wiederum fordert die Zwangsarbeit für Arbeitslose, was modern dann so heißt: »Daher setzt sich die AVA e.V. (eine Arbeitnehmervereinigung innerhalb der AfD) für eine Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit – unter Berücksichtigung des Lebensalters und der vorherigen Arbeitsleistung in Deutschland – ein.« Wenn eine Arbeitervertretung Zwangsarbeit fordert, könnte man das für einen schlechten Scherz halten. Ist es aber nicht. Dies ist die Konsequenz der Forderung »Deutsche zuerst!« Das Versprechen an alle, ganz abgesehen von der Klassenlage, ist, dass die AfD sie in den Dienst der Nation bringen will.

Wenn übrigens Arbeiter so ein Programm einleuchtend finden und bei der AfD ihr Kreuz machen oder bei Pegida mitmarschieren, dann muss man ihre Vorstellungen in der Kritik ernst nehmen. Sie kennen gar keinen anderen Kritikteil für ihre soziale Misere – in der sie als Arbeiter durchaus objektiv stecken – als den, dass sie zumindest für sich als Deutsche ein Vorrecht sehen wollen. Wer solche Arbeiter zur Vernunft bringen will, der muss die üblichen Beschwerdeweiterer in dieser Gesellschaft kritisieren, an die die AfD so gut anschließt und nur konsequent weiterführt. Wer diese Leute vom rechten Weg abbringen will – wie etwa das linke Projekt »Aufstehen« –, indem bloß aufgezeigt wird, dass die AfD gar keine materiellen Verbesserungen für Arbeiter auf den Weg bringen will, im Gegenteil sogar Programmpunkte hat, die noch härter auf Sozialstaatsabbau gehen, der argumntiert am Bewusstsein der AfD-Wähler vorbei. Wer die AfD als Rattenfänger oder Tauscher kritisiert, der hat nicht kapier, was die AfD jeden Tag offen ausspricht und warum das verärgert.

Das Kernthema der AfD: Die Volksgemeinschaft ist in der Krise

Zur angeblichen Volkssolidarität muss man objektiv festhalten: Der Staat zwingt die Bürger, die in den verschiedenen Lebenslagen in Konkurrenz zueinander stehen (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt etc.), mit Gewalt zur Rücksicht aufeinander. Im Arbeitsrecht oder Mietrecht. Und objektiv sorgt der Staat mit seiner Gewalt für so etwas wie Umverteilung von privaten Vermögen, etwa über das steuerfmanzierte ALG2 oder über die umlagernante gesetzliche Renteversicherung. Objektiv beschließt der Staat derartige Verfahren für die »Gemeinschaft« und setzt sie durch. Die Bürger – seien es Demokraten oder Rechte – denken es selber unter welchen Bedingungen Staatsbürger werden kann (in Deutschland ist das im Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) geregelt). Das Volk ist also ein *Produkt staatlicher Gewalt*, das kann man selbst bei Wikipedia nachlesen, wenn ein Jurist sich bemüht, etwas dazu aufzuschreiben: *»Das Staatsvolk ist die Gesamtheit der durch die Herrschaftsordnung eines Staates vereinigten Menschen.«* (<https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsvolk>).

Demokraten wie Rechte stellen sich das jedoch genau umgekehrt vor: Sie denken sich den Staat bei dem Weg, was er qua Gesetz und Gewalt in die Welt bringt – um ihn dann als Ausdruck der Einheit, die es vermeintlich auch ohne ihn gäbe, im »Nachhinein« wieder zu begründen. Das ist ein sehr verbleiteter und folgenreicher Fehler. Die Gewalt, mit der das Volk durch den Staat hergestellt wird, wird als Ausdruck und Schützer der vorgestellten Gemeinschaft betrachtet.

Ein von Demokraten und Rechten geteilter Fehler: **Das Volk als vorstaatliche Gemeinschaft**

Wenn überhaupt, dann macht diese Rechnung der Konkurrenz als Unternehmerr erfolgreich sein Geld vermehrt oder dauerhaft als Lohnarbeiter mit der Existenz kämpft – einerseits abstrahieren. Wenn Lohnerhöhungen und Gewinne der Unternehmen zeitgleich passieren, dann ist das fein. Wenn die Löhne sinken oder immer mehr Überstunden anfallen und die Unternehmensgewinne steigen, ist das auch fein. Einerlei, Hauptsache hinterher ist ein Mehr da. Sie dienen ja dem Volk, und in dieser Kunstfigur werden die Unterschiedede der kapitalistischen Klassengesellschaft ja nicht beseitigt, sondern stehen gelassen bzw. auf deren Grundlage Politik gemacht.

Andererseits wird wegen des politischen Zwecks, den nationalen Reichtum zu mehrer, sich bewusst auf die Klassenunterschiede bezogen und politisch nachgeholfen: Wennmäßige Lohnerhöhungen bei den Ausgaben bremsen will und dabei im Namen des Steuerzahlers argumentiert, kommt zwar häufig vor; auch dass Bürger spiegelbildlich gerne von «unseren» Steuern reden und sich im Namen des Steuerzahlers beschweren. Sachlich stimmt das aber überhaupt nicht. Dass Steuern kein Tauschgeschäft sind, das hat sich die BRD sogar explizit ins Gesetzbuch geschrieben: *«Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen (...)»* (Abgabenordnung § 3, 1)

Wofür der vom Staat angeeignete Privatreichtum dann also ausgegeben wird ist seine Sache bzw. die der Regierung und des Parlaments. Und das ist wieder nicht «unser» Regierung – selbst dann nicht, wenn man eine Regierungspartei gewählt hat. Die Parlamentarier *«(…) sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen»* (Grundgesetz, Art. 38, 1). Der ganze Witz der Wahl besteht ja gerade darin, dass hinterher die gewählten Politiker in ihren Entscheidungen frei sind und sich nicht «dem Druck der Straße» beugen müssen. Sie üben dann Ämter aus, die auf jeden Fall nicht zur Wahl standen, sondern schon vorher gesetzt waren. Und diese Ämter haben den Auftrag, den nationalen Erfolg herbeizuführen. Die Politiker sind damit von Beruf aus Nationalisten, und so vertreten sie das «ganze Volk». Und Letzteres besteht nunmal – wie oben dargestellt – aus lauter Konkurrenten, die klassengemäß den geldwerten Reichtum in der Gesellschaft herstellen, um dessen private Aneignung (mein Lohn, mein Gewinn, meine Mißetnahme, mein Eigentum) sie zugleich konkurrieren. Der Berufsauftrag der Politik besteht also darin, diese Konkurrenz so zu fördern, dass immer wieder ein steigendes BIP oder Volkswertögen zusammengegerechnet werden kann. Genau dabei ist es völlig sachgerecht, dass die Politiker von allen Unterschiededen – ob man bei

6

Zwischenfazit: ›Unser‹ Volkswertögen gibt es also weder in der Gesellschaft noch beim Staat. Diese Vorstellung sollte man schleunigst fallen lassen und sich der Frage zuwenden, wie der Reichtum in dieser Gesellschaft produziert wird, folg Deutschlands erst herbeigeführt hat.

Armutsprogramm doch den wirtschaftlichen Ertrag nicht substanziell zurücknehmen, wenn dieses Resultate der Agenda 2010 deswegen noch lange tüppig bleiben, dann weiß doch jeder, dass sie die meister bleibt und die Steuerinnahmen schön wieder als Last ins Auge fasst. Und wenn sich die Lebensabend von Arbeitern ebenso immer mal Wirtschaftswachstum der Nation diskutiert, den immer wieder auch mal als nutzlose Last für das Lebenserhalt von Menschen (hier Geflüchtete) die sich darauf einstellen, dass ein Staat, der den ter erhöhen würden. Ganz im Gegenteil können nicht, dass sich Renten für biodeutsche Arbeitlächtere ausgeben würde, heißt das überhaupt «unserem» Staatshaushalt. Wenn weniger für GeDas rechtfertigt aber nicht die Vorstellung von Fehler zu machen oder Potentiale zu vergruden. che Strategien und werfen sich wechselseitig vor, tum befördern – haben Parteien unterschiedliFür dieses Projekt – den nationalen Reichklusiv), länger, intensiver und flexibler arbeiten heißt es: Löhne runter (Sozialstaatsausgaben in gegen ihre Konkurrenten besser durchsetzen soll, dass die Unternehmenschaft sich international Rezession ins Haus steht oder aber gewünscht ist, genug ausfallen. Spätestens, wenn mal wieder die ne der Unternehmen dagegen können nicht hoch erhöhungen darf es aber nicht geben, die Gewinnwerden, dann sind sie Recht. Überzogene Lohndeckende Unternehmensgewinne eingeschätzt sieren und damit als gute Grundlage für flächenshungen schenbar die Binnenkonjunktur stabilpolitisch nachgeholfen: Wennmäßige Lohnerhöhbeusst auf die Klassenunterschiede bezogen und ckes, den nationalen Reichtum zu mehrer, sich

Für die Frage, wie die AfD die soziale Frage behandelt, kann man erstmal festhalten, dass darin die Betonung steckt, dass man soziale Konflikte in der Gesellschaft nicht so ernst nehmen sollte, weil doch was viel Größeres auf dem Spiel stehen würde. Die AfD beherrscht aber auch noch eine zweite Art und Weise, soziale Fragen zu thematisieren. Dabei wird den Leuten gesagt, dass sie liebederde ne sehr genau auf ihre sozialen Probleme gucken sollen, wenn ihnen dann dabei genau eine Sache auffällt: *«Ja, es ist völlig richtig, die innere Sicherheit ist vor die Hunde gegangen, der Rechtsstaat ist vor die Hunde gegangen, wir geben viel Geld anderen und haben kein Geld für unsere eigenen Renten, für unsere eigenen Kinder, für genügend Kindergartenplätze, das alles kann nicht bezahlt werden. (...) aber Flüchtlinge dürfen es sein so viel wie möglich.»*(Gauland)?

Damit wird gesagt ›Es gibt soziale Probleme, und die Ausländer (hier Geflüchtete) kriegen giat Geld«. Mit dieser Tour werden alle möglichen sozialen Probleme, die ein moderner Arbeiter so hat, angesprochen und gesagt: ›Jawohl, seid unzufrieden!‹. Damit schlägt die AfD einen ganz anderen Ton an als die Regierung. Letztere behauptet auch mal, dass es eigentlich keinen richtigen Grund zur Unzufriedenheit gibt und man besser den Vergleich zu Ländern ziehen soll, wo es noch schlech-

›Ausländer!‹

›Und jetzt denk mal an nationale Frage:‹

Die Verwandlung der sozialen Frage in die nationale Frage

und warum dabei die relative Armut der Arbeiterklassen funktionaler Bestandteil ihrer kapitalistischen Benutzung ist. Davon will die AfD nichts wissen. Sie vertritt die in der Demokratie übliche falsche Vorstellung von «unserem» Volkswertögen. Darauf aufbauend agitiert sie dafür, sich für den Reichtumstransfer vom Inland ins Auslands präsentieren zu interessieren, und zwar dem Tenor nach: ›Unser Volkswertögen wird Anderen in den Rachen geworfen!‹. Damit kündigt sie an, dass sie mit der Art und Weise, wie Deutschland bislang die Welt für den nationalen Erfolg benutzt hat, unzufrieden ist. Warum und inwiefern, das wird sich in diesem Text am Schluss noch zeigen.

Vergleichend kann man sich einmal klar machen, was alles eingekauft ist, wenn man sich als Deutscher über etwas beschwert. In der bürgerlichen, d. h. eben auch deutschen, Öffentlichkeit gibt es einige Beschwerde- oder Kritikweisen an gesellschaftlichen Entwicklungen oder politischen Entscheidungen nicht. Dies bildet die Grundlage für die Kritik, die der rechte Standpunkt übt. An den Bezugspunkten für Beschwerden – an den Beschwerdetiteln – kann man bemerken, wie das eigene, konkrete Interesse immer mehr zurückgestutzt wird, so dass von ihm immer weniger übrig bleibt. Sich als Deutscher zu beschweren ist dabei dann die Spitze.

was nicht geht

Berechtigte Kritik in der Demokratie: Was geht und was nicht geht

Berücksichtigung!

und muss: *Als Deutscher* habe ich ein Anrecht auf dem man sich in Deutschland aufregen darf, soll die AfD den einzigen anständigen Rechtsmittel, mit Deutschland für Ausländer Geld aus. So platziert Obwohl Deutsche soziale Probleme haben, gibt gentlichen Missetand augenfällig zu machen: soziale Probleme sowieso nur dazu dient, den eIDAS passt schon, weil das Hinweisen der AfD auf das in einer Partei überhaupt zusammen geht. versprechen. Da kann man sich schon fragen, wie und andere, die einen Ausbau des Sozialstaats onen, die deutlich Richtung Sozialabbau gehen, In der AfD gibt es wirtschaftsliberale Positionen, die deutlich Richtung Sozialabbau gehen, In der AfD gibt es wirtschaftsliberale Positionen, die deutlich Richtung Sozialabbau gehen, Und jetzt denk mal an die Ausländer!‹.

denheit auf das zu lenken, worauf es ankommt: blemen auf, um im selben Atemzug die Unzufriedenheit also zur Unzufriedenheit mit sozialen Problemen auf, um im selben Atemzug die Unzufriedenheit auf das zu lenken, worauf es ankommt: ter aussieht, um dann zufriedenen zu sein – als wenn es einem dann wirklich besser ginge. Die AfD sta-

7

Die AfD und die soziale Frage: Armut als Material für die Platzierung des eigentlichen Kernthemas

Die AfD, meinen viele, nehme die sozialen Probleme der Bevölkerung ernst und ist daher auf dem Weg zur neuen Arbeiterpartei. Das, was die etablierten Parteien veräutmt hätten, nämlich es ihr nämlich eigentlich geht. Dies machen alle AfDler, und zwar im Grunde auf zwei Weisen: und Rente von Hans und Gretchen Müller, schreibe sich die AfD auf die Fahnen. Das ist Unfug. Die

4

Das Volksvermögen und das Ausland

«Es geht nicht mehr primär um die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder von unten nach oben oder von Jung nach alt. Das ist nicht mehr die primäre soziale Frage (...) die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist (...) die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens (...) von innen nach außen.» (Rede von Höcke auf einer AfD-Demo in Schweinfurt am 28.4.2016)

Höcke spricht soziale Gegensätze innerhalb der Gesellschaft an, er weiß dass es einen Gegensatz zwischen Arm und Reich gibt, erklärt das dann aber ohne Weiteres für nebensächlich. Er will die Gegensätze gerade nicht thematisieren, und es interessiert ihn auch nicht, wie soziale Notlagen und oben und unten eigentlich zustande kommen. Etwa: Warum gibt es denn unten und oben, und warum gibt es da einen Gegensatz? Oder: Warum gibt es den (durch die spezielle Form der gesetzlichen Rentenversicherung in der BRD bewirkten) Gegensatz von Jung und Alt? Er lenkt weg von den sozialen Gegensätzen: Die mag es zwar geben, sie sind aber völlig unwichtig in Anbetracht dessen, dass «Volksvermögen» aus Ausland und an Ausländer transferiert wird. (Nur) Von diesem Blickwinkel aus wird Unzufriedenheit als berechtigt angesehen und angestachelt.

Höcke denkt sich dabei den Reichtum, der in dieser Gesellschaft hervorgebracht wird, als gemeinsamen Topf, aus dem alle ihren Anteil bekommen. Diesen Fehler machen übrigens nicht nur die Rechten – auch bei den etablierten Parteien und in der öffentlichen Meinung wird stets von unserem « Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesprochen.

«Es geht nicht mehr primär um die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder von unten nach oben oder von Jung nach alt. Das ist nicht mehr die primäre soziale Frage (...) die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist (...) die Frage über die Verteilung unseres Volksvermögens (...) von innen nach außen.» (Rede von Höcke auf einer AfD-Demo in Schweinfurt am 28.4.2016)

Höcke spricht soziale Gegensätze innerhalb der Gesellschaft an, er weiß dass es einen Gegensatz zwischen Arm und Reich gibt, erklärt das dann aber ohne Weiteres für nebensächlich. Er will die Gegensätze gerade nicht thematisieren, und es interessiert ihn auch nicht, wie soziale Notlagen und oben und unten eigentlich zustande kommen. Etwa: Warum gibt es denn unten und oben, und warum gibt es da einen Gegensatz? Oder: Warum gibt es den (durch die spezielle Form der gesetzlichen Rentenversicherung in der BRD bewirkten) Gegensatz von Jung und Alt? Er lenkt weg von den sozialen Gegensätzen: Die mag es zwar geben, sie sind aber völlig unwichtig in Anbetracht dessen, dass «Volksvermögen» aus Ausland und an Ausländer transferiert wird. (Nur) Von diesem Blickwinkel aus wird Unzufriedenheit als berechtigt angesehen und angestachelt.

Höcke denkt sich dabei den Reichtum, der in dieser Gesellschaft hervorgebracht wird, als gemeinsamen Topf, aus dem alle ihren Anteil bekommen. Diesen Fehler machen übrigens nicht nur die Rechten – auch bei den etablierten Parteien und in der öffentlichen Meinung wird stets von unserem « Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesprochen.

Volksvermögen ist nicht einfach nur eine umgangssprachliche rechte Macke. Volksvermögen ist eine Kategorie aus der Volkswirtschaftslehre. Dabei versuchen sie Sachbestände (Fabriken, Maschinen etc.), Vorräte, Gelder, Schuldforderungen (Schuldverpflichtungen, Ländereien und teils sogar Arbeitsvermögen auf einen Geldbetrag zusammen zu addieren. Im Gegensatz dazu erfassen das BIP(Bruttoinlandsprodukt) und das BSP (Bruttosozialprodukt) nur die Wertgrößen, die innerhalb eines Zeitraums (z. B. ein Jahr) produziert wurden. Bei dem BIP gilt das Inlandsprinzip. Alles, was im Inland an Waren, Dienstleistungen und Zinsen eingefahren wird, wird hier addiert - egal ob Ausländer (oder Firmen mit Rechtssitz im Ausland) oder Inländer das gemacht haben. Dennoch reden Politiker gerne von «unserem BIP». Beim BSP dagegen kommt es auf die Staatsbürgerschaft an, auch wenn Leute dann im Ausland sind oder Ausländer im Inland. Daher heißt es auch Volkseinkommen.

5

Inhalt

3	Von Schland nach Gauland
4	Die AfD und die soziale Frage
11	Das Kernthema der AfD: Die Volksgemeinschaft in der Krise
14	Wo die Rechten völlig ausflippen: Wenn der Staat sich sein Volk aussucht
15	Was der AfD an der nationalen Identität wichtig ist und was nicht
18	Fremdenfeindlichkeit =
20	Verpflichtung auf die Gemeinschaft
24	Für die Volksgemeinschaft unverzichtbar: Staatliche Souveränität...
25	Und jetzt?
28	Blut, Sprache, Kultur, Geschichte, Werte – was für eine Gemeinschaft?

2

IMPRESSUM
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Absenders.
»Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen
sind unter Angabe von Gründen an den Absender zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: Merle Heinze, Frankfurter Allee 130, 10365 Berlin

Einleitung

Die AfD und deren Anhängerschaft samt Pegida werden einige Fragen auf. Die Reaktion der Bundes-

regierung aber nicht minder.

Statistisch nimmt die Kriminalität ab, auch von einem spezialisierten Anstieg der Kriminalität durch Asylbewerber und Asylberechtigzte kann keine Rede sein. AfDler und andere Rechte sehen aber in den Geflüchteten die größte Bedrohung überhaupt. Ausgerechnet die Ärmsten der Gesellschaft, ausgerechnet diejenigen, die allerorten behördlich gesondert schikaniert werden, sollen die ganze Gesellschaft kaputt machen? Die Regierungsparteien wollen (bisher) mit der AfD nichts zu tun haben. Zugleich meinen sie aber, dass man die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen müsse und setzen praktisch sowieso vieles um, wonach sich die AfDler sehen: härtere Abschottung, härtere Schikanie der Geflüchteten, mehr Polizei, mehr Verfassungsschutz, neue Polizeigesetze mit mehr Freiheiten für die direkte staatliche Gewalt gegenüber den Bürgern.

Im Namen der nationalen Identität ruft die AfD zur Fundamentalloposition gegen die etablierten Parteien, Presseorgane, Kirchen, Gewerkschaften usw. auf. Im Namen der Volksgemeinschaft verspricht sie, die etablierten Parteien abzusetzen und das Personal eines ganzen »System« austauschen zu wollen. Die Regierungsparteien wiederum werfen der AfD vor, genau damit die Gesellschaft zu spalten, anstatt die Gemeinschaft zu fördern. Der Zusammenhalt der Gesellschaft stehe wegen der AfD auf dem Spiel. Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland kann so im Jahr 2018 nur ein Thema: Das »Wir« ist in der Krise, wer ist daran Schuld und was muss man zur Überwindung der Krise tun.

Die Positionen der AfD und ihrer Geistesgeschwister zu vielen Sachen sind mittlerweile eigentlich allen klar: Geflüchtete nicht reinlassen oder rücksichtslos abschließen, Feindschaft gegen den Islam und Muslime, Feindschaft gegen den Feindismus, Energieverwende umkehren, mehr Law & Order, Euro abschaffen usw. Was diese Programm-punkte aber im Kern verbindet, das ist vielen Leuten überhaupt nicht klar. Das wäre aber überhaupt die Voraussetzung dafür, die AfD politisch zu vertoren und der Frage nachzugehen, wie man der AfD begegnen sollte. Mit den vorliegenden Texten wollen wir deshalb folgende Fragen beantworten: Was ist der Kern des politischen Programms der AfD?

An manchen Textstellen werden der AfD andere politische Standpunkte gegenübergestellt. Dann ist vom »demokratischen« oder »bürgerlichen« Standpunkt die Rede. Damit könnte ein Missverständnis befördert werden, nämlich dass die AfD oder andere rechte Parteien von heute auf morgen den Parlamentarismus und das Grundgesetz abschaffen würden, wenn sie an die Macht käme so im Jahr 2018 nur ein Thema: Das »Wir« ist in der Krise, wer ist daran Schuld und was muss man zur Überwindung der Krise tun.

Für ihre Ziele und verändern es in ihrem Sinne – denn mit demokratisch gewonnener Macht haben sie dann auch die Macht. Dieses Missverständnis mitgedacht, mögen die Gegenüberstellungen »rechter Standpunkt« versus »demokratischer« oder »bürgerlicher« Standpunkt zunächst mehr als große Orientierungen dienen, deren Inhalt sich dann beim Lesen des Textes ergibt.

3

**VON
SCHLAND**

*Das Krisenprogramm der AfD und seine
demokratische Grundlage*

**NACH
GAULAND**

Umsonst & zum Mitnehmen